

Programmbeschwerde an den Intendanten des ZDF



Facharbeit

Hansjörg Stützle und Hakon von Holst

Herausgegeben von:

Hansjörg Stütze

Krummes Land 11

88690 Uhltingen-Mühlhofen

Tel.: 07556/920215

info@wertvollleben.net

Erscheinungsdatum: 15.04.2026

Hansjörg Stütze und Hakon von Holst sind Initiatoren der Petition zum Erhalt des Bargelds als Zahlungsmittel in Europa. Informationen über die Initiative finden sich auf www.Bargelderhalt.eu.

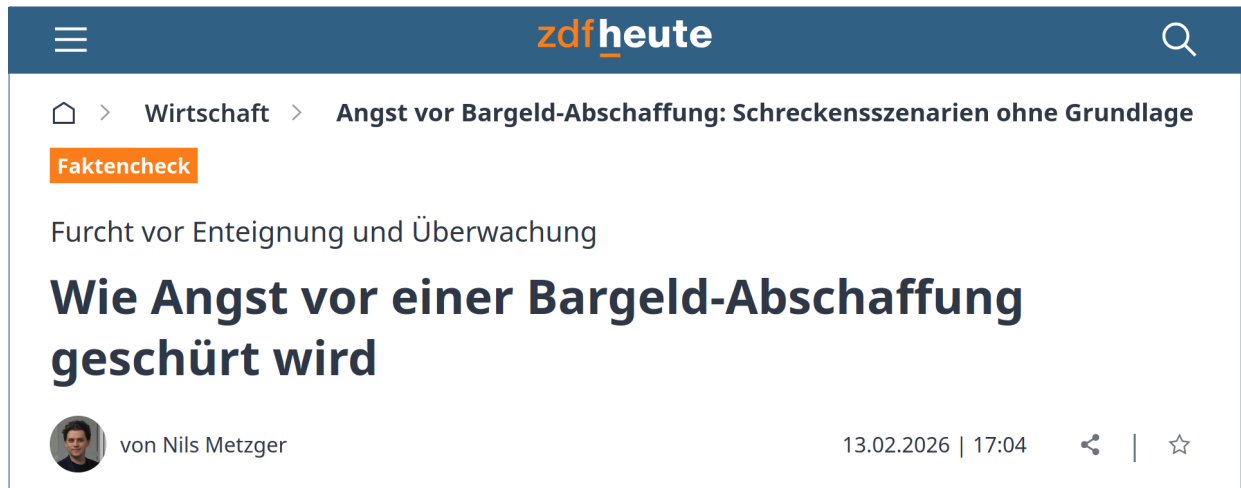
Inhalt

1 Einleitung	4
2 Hauptteil	6
2.1 Ein Faktencheck ohne definierte These: Was heißt Bargeldabschaffung?.....	6
2.1.1 Wann? Das Tempo der Bargeldabschaffung.....	8
2.1.2 Wer? Der handelnde Akteur hinter der Bargeldabschaffung.....	8
2.1.3 Warum? Die Motive des Bargeldabschaffers.....	9
2.1.4 Was und wie? Ein Dutzend (Schleich)wege für die Bargeldabschaffung.....	10
2.1.4.1 Filialabbau durch die Notenbanken.....	10
2.1.4.2 Filialabbau durch die Geschäftsbanken.....	10
2.1.4.3 Zugang zu Bargeld verschlechtert sich.....	11
2.1.4.4 Steigende Bargeldgebühren für Verbraucher.....	12
2.1.4.5 Unternehmen schaffen Bargeld ab.....	12
2.1.4.6 Der Staat lehnt Bargeld ab.....	13
2.1.4.7 Barzahler müssen Aufschläge in Kauf nehmen.....	14
2.1.4.8 Notenbanken drucken kein Bargeld mehr.....	16
2.1.4.9 Die Politik schwächt den gesetzlichen Schutz des Bargelds.....	16
2.1.4.10 Der Staat schaut der Verdrängung seines eigenen Zahlungsmittels zu.....	17
2.1.4.11 Barzahlungsobergrenzen sinken Schritt um Schritt.....	18
2.1.4.12 Der Staat befördert die Verdrängung seines eigenen Zahlungsmittels.....	19
2.1.5 Schlussfolgerung: Die Sorgen sind berechtigt.....	20
2.2 Die Ungleichbehandlung des Bargelds gegenüber dem E-Euro.....	21
2.3 Der freie Fall des Bargelds.....	25
2.4 Die Hexenjagd auf Kritiker fördert politische Fehlentscheidungen.....	27
3 Anhang: Kritische Kommentare zu Passagen im fraglichen Faktencheck	29
3.1 Ist eine Bargeldhochburg für Kriminelle attraktiv?.....	29
3.2 Hält die Bundesregierung am Bargeld fest?.....	30
3.3 Steigen die Kosten in der Bargeldbeschaffung ohne politischen Hintergrund?.....	31
3.4 Plant die Bundesregierung eine Bargeld-Annahmepflicht oder nur eine Karten-Annahmepflicht?.....	32
3.5 Werden Zahlungsdaten nicht für politische Überwachungsambitionen missbraucht?.....	33
3.6 Wäre der digitale Euro ähnlich anonym wie Bargeld?.....	34
3.7 Widerlegt das Bundesbankgesetz politisches Interesse an der Reduktion des Bargelds?...35	
3.8 Ist Bequemlichkeit die Ursache für den Rückgang des Bargelds?.....	35
3.9 Soll der digitale Euro das Bargeld ergänzen?.....	36
3.10 Gibt es in Europa keine Finanzsanktionen auf Basis der politischen Gesinnung?.....	36
3.11 Macht der digitale Euro unabhängiger von den USA?.....	37

1 Einleitung

Sehr geehrter Herr Dr. Himmler,

am 13. Februar 2026 veröffentlichte das ZDF den Beitrag „Wie Angst vor einer Bargeld-Abschaffung geschürt wird“.¹



Quelle: Eigenes Bildschirmfoto vom 16.02.2026.

Die Publikation verstößt an einigen Punkten gegen die Programmrichtlinien Ihrer Sendeanstalt, wie wir nachfolgend ausführen. Der Beitrag trägt das Etikett Faktencheck und will beweisen, dass Ängste vor einer Bargeldabschaffung keine Grundlage besäßen. Eine Definition für diese Behauptung sucht man jedoch vergeblich. Folglich leistet der Text wenig für das ZDF, dem eigenen Auftrag gemäß „Falschnachrichten aufzudecken“ (Ziffer 1 Absatz 3 Programmrichtlinien).²

Autor Nils Metzger stellt „Pläne zur Bargeld-Abschaffung“ als unbegründet dar. Er verkennt, dass die Währungshoheit bei der Europäischen Union liegt, wenn er mit deutschen Gesetzen und dem Ansinnen der Bundesregierung argumentiert, um kritische Stimmen zu widerlegen. Sein Text nutzt stellenweise ein diffamierendes Vokabular, das in Angeboten öffentlich-rechtlicher Sender nichts zu suchen hat. Fakten sind nüchtern, sachlich und wertungsfrei zu überprüfen.

Der Beitrag ergreift einseitig Partei für die Politik der Bundesregierung. Die Aussagen der Koalitionsparteien zum Bargeld werden ebenso wenig hinterfragt wie das Urteil namentlich ungenannter „Experten“, das die EU-Pläne zur Beschränkung des Bargelds unterfüttern soll. Auf der anderen Seite jedoch heißt es in dem Beitrag, „Kritiker von digitalen Bezahlmodellen“ würden teils „Eigeninteressen“ verfolgen und mit

¹ Siehe <https://www.zdfheute.de/wirtschaft/bargeld-verbot-digitaler-euro-enteignung-faktencheck-100.html>.

² Programmrichtlinien unter <https://www.zdf.de/assets/rechtsgrundlagen-und-vorschriften-104~original>.

„betrügerischen Geschäftsmodellen“ arbeiten. Die Anti-Bargeld-Kampagnen aus dem Finanzsektor dagegen fallen gänzlich unter den Tisch.

Dass es seriöse Warnungen vor einer weitgehenden Abschaffung des Bargelds gibt und wie sie begründet werden, erfährt das Publikum nicht. Im Endeffekt stehen alle Menschen, die vor dem Wegfall des Bargelds warnen und sich für seinen Schutz einsetzen, unter Generalverdacht. Sehr geehrter Herr Dr. Himmler, wir brauchen endlich einen sachlichen Diskurs anstatt Polemik. Seien Sie uns nicht böse: Niemand braucht Angst zu schüren vor einer „Welt ohne Bargeld“ – wer die Fakten kennt, dem kann nur angst und bange sein.

2 Hauptteil

2.1 Ein Faktencheck ohne definierte These: Was heißt Bargeldabschaffung?

„Tatsächlich arbeiten Finanzkonzerne, Politiker und einflussreiche Ökonomen weltweit daran, das Bargeld abzuschaffen.“ Dieser Satz fiel gleich zu Beginn einer viel gesehenen Dokumentation aus dem Jahr 2018. Produzent war der Südwestrundfunk, der Titel lautete: „Welt ohne Geld – Wie die Abschaffung von Banknoten vorangetrieben wird.“³

Seither erschienen mehrere Faktenchecks in öffentlich-rechtlichen Angeboten mit gegensätzlicher Stoßrichtung (Hervorhebungen in den Zitaten von uns):

BR, 22.09.2023: „Wie eine angebliche Bargeldabschaffung **Ängste schüren** soll: Rechtspopulisten warnen vor einer angeblich drohenden Bargeldabschaffung, um Angst vor ‚totaler Überwachung‘ zu verbreiten. (...) Behauptungen zu einer angeblich drohenden Bargeldabschaffung kursieren seit Jahrzehnten.“⁴ Eine Gegendarstellung zu diesem BR-Beitrag kam vom Wirtschaftsjournalisten Dr. Norbert Häring.⁵

Tagesschau.de, 20.03.2025: „Wie mit dem digitalen Euro **Ängste geschürt** werden: Die Vorbereitungsphase für die Einführung einer europäischen digitalen Währung soll im Herbst enden. Für Verschwörungsideologen ein Untergangsszenario. (...) Behauptungen, dass das Bargeld abgeschafft oder über Zahlungsweisen wie den digitalen Euro eine staatliche Überwachung eingeführt werden soll, sind alles andere als neu. Sie finden sich bereits in alten Verschwörungsnarrativen wieder.“⁶

ZDF, 13.02.2026: „Angst vor Bargeld-Abschaffung: Schreckensszenarien ohne Grundlage / Wie **Angst** vor einer Bargeld-Abschaffung **geschürt** wird: (...) Verschwörungsanhänger sehen Pläne zur Bargeld-Abschaffung. Warum es dafür aktuell keine Grundlage gibt.“



Wie ist es möglich, dass öffentlich-rechtliche Medien derart konträr berichten? Auf den ersten Blick widersprechen die drei Sender den Aussagen des SWR. Denn hängen bleibt bei den Lesern und Hörern genau das: „Das Gerede von der Bargeldabschaffung ist Unsinn.“ Tatsächlich aber setzen sich die Faktenchecker mit zahlreichen Tatsachen und Argumenten, wie sie der SWR behandelte, erst gar nicht auseinander.

3 Siehe Youtube, Kanal ARD-Marktcheck, „Welt ohne Geld – Wie die Abschaffung von Banknoten vorangetrieben wird“, 31.07.2018, <https://www.youtube.com/watch?v=JJCsxZSWtWE>.

4 Siehe <https://www.br.de/nachrichten/wirtschaft/wie-eine-angebliche-bargeldabschaffung-aengste-schueren-soll,Tnk5Nj8>.


5 Siehe Bargeldverbot.info, „Wie der Faktenfuchs kritische Stimmen verunglimpft“, 20.10.2023, <https://bargeldverbot.info/2023/10/20/faktenfuchs-norbert-haering>.

6 Siehe <https://www.tagesschau.de/faktenfinder/kontext/ezb-digitaler-euro-104.html>.

BR24 Wirtschaft  

Wie eine angebliche Bargeldabschaffung Ängste schüren soll

Rechtspopulisten warnen vor einer angeblich drohenden Bargeldabschaffung, um Angst vor "totaler Überwachung" zu verbreiten. Wieso sich dieses Thema so gut dafür eignet und welche Rolle Verschwörungstheorien dabei spielen. Ein #Faktenfuchs.

Von  Jana Heigl

Über dieses Thema berichtet: BR24 im Radio am 22.09.2023 um 07:50 Uhr.

Quelle: Eigenes Bildschirmfoto vom 14.04.2026.

 tagesschau24 live  

KONTEXT Desinformation

Wie mit dem digitalen Euro Ängste geschürt werden

Stand: 20.03.2025 • 16:17 Uhr

Die Vorbereitungsphase für die Einführung einer europäischen digitalen Währung soll im Herbst enden. Für Verschwörungsideologen ein Untergangsszenario. Dabei sind die Pläne noch gar nicht abgeschlossen

Quelle: Eigenes Bildschirmfoto vom 14.04.2026.

Sehr geehrter Herr Dr. Himmler, in einem Faktencheck ist es unerlässlich, die fragliche These exakt zu definieren. Alle W-Fragen müssen beantwortet sein: Wer tut angeblich was wie wo wann oder in welchem Zeitraum und weshalb? Wichtig sind dabei insbesondere nachfolgende Überlegungen.

2.1.1 Wann? Das Tempo der Bargeldabschaffung

Ist eine Bargeldabschaffung ein schleichender Prozess oder ein einschneidendes Ereignis? Eine solche Umwälzung im Finanzsystem kann nur schrittweise erfolgen, deshalb sollte eine Bargeldabschaffung als Prozess betrachtet werden. Folglich müssen alle Handlungen und unterlassenen Handlungen von Politik, Wirtschaft und Zivilgesellschaft analysiert werden, die uns näher an eine Welt ohne Bargeld bringen.

Der Beitrag von Nils Metzger spricht im Fließtext von Sorgen vor einer „anstehenden Abschaffung des Bargelds“, also von einem drastischen Ereignis. Die Überschrift des Artikels dagegen suggeriert, es gäbe genauso wenig eine schleichende Entwicklung hin zu einer bargeldlosen Gesellschaft. Der Titel ist deshalb in seiner Wirkung manipulativ.

2.1.2 Wer? Der handelnde Akteur hinter der Bargeldabschaffung

Wer schafft das Bargeld ab? Nils Metzger argumentiert mit Bekenntnissen von Bundesbank und Bundesregierung, um zu unterstreichen, dass es keine Pläne für eine Bargeldabschaffung gäbe. Er zitiert den Koalitionsvertrag: „Das Bargeld als gängige Zahlungsform erhalten wir.“ Die alleinige Währungshoheit liegt jedoch bei der Europäischen Union. Metzger müsste folglich die Stimmung in Brüssel in den Mittelpunkt stellen und besser die Politik der EU-Nachbarn analysieren, da die Geschicke der Union von 27 Staaten mitbestimmt werden.

Stattdessen führt der Autor das Bundesbankgesetz ins Gefecht. Der Gesetzestext halte „weiterhin klar“ fest, dass Banknoten das einzige unbeschränkte gesetzliche Zahlungsmittel seien. Tatsächlich jedoch beschied das Bundesverwaltungsgericht im Jahr 2022, dass diese Norm dem EU-Recht widerspricht und „nicht anwendbar“ ist.⁷ Hier muss sich das ZDF mangelnde Recherche vorwerfen lassen. Am Bundesbankgesetz lässt sich der politische Wille und der Gesundheitszustand des Bargeldsystems nicht messen.

Hochrangige Politiker in Italien und Frankreich haben sich bereits für eine (weitgehende) Abschaffung des Bargelds ausgesprochen. In unserer jüngsten Videobotschaft an das EU-Parlament präsentierten wir dafür ab Minute 1:40 mehrere Beispiele.⁸ Die Rede ist von Frankreichs Justizminister Gérald Darmanin (Jahr 2025) und im Falle Italiens von Ex-Ministerpräsident Matteo Renzi (2020) sowie dem späteren Digitalisierungsminister Vittorio Colao (2019). Das Video war in unserer Pressemitteilung vom 18. November 2025 verlinkt.⁹ Zu den Empfängern zählten Mitarbeiter des ZDFs.

7 Siehe Bundesverwaltungsgericht, Urteil vom 27.04.2022 – 6 C 2.21, Absätze 14 und 19, <https://www.bverwg.de/270422U6C2.21.0>.

8 Siehe Vimeo, „Botschaft an die Politik“, 06.11.2025, Kurzlink <https://bargelderhalt.info/video-de>.

9 Siehe Bargeldverbot.info, „EU-Parlament ringt um die Zukunft des Bargelds“, 18.11.2025, <https://bargeldverbot.info/2025/11/18/pressemitteilung-econ-bargeld-vo/>.

Auch der italienische Ex-Ministerpräsident und frühere EU-Kommissionspräsident Romano Prodi empfahl im Jahr 2020, die Bevölkerung vom Bargeld weg zu digitalen Zahlungsmitteln zu lenken (Minute 6:20 im verlinkten Interview).¹⁰ EU-Digitalkommissar Günther Oettinger prophezeite 2016 das Ende des Bargelds. Gleichzeitig riet er von staatlichen Maßnahmen wie der Abschaffung des 500-Euro-Scheins ab und sagte: „Haltet am Bargeld fest – der Markt macht es.“¹¹

Im Jahr 2007 gab die EU-Kommission kund, zu „effizienteren Zahlungsmitteln“ beizutragen und dazu, „den ‚War on Cash‘ zu gewinnen“, also den „Krieg gegen das Bargeld“.^{12,13} Um die Gegenwart zu verstehen, muss man einfach die Vergangenheit kennen.

2.1.3 Warum? Die Motive des Bargeldabschaffers

Auch die Wozu-Frage wäre zu klären: Geht es in dem Faktencheck darum, ob der handelnde Akteur vorsätzlich auf eine Welt mit weniger Bargeld hinsteuert, oder wollen wir schlicht analysieren, ob seine Taten auf eine solche Welt hinauslaufen, auch wenn ihm das vielleicht gar nicht bewusst ist?

Obwohl Klarheit um Letzteres für die Gesellschaft bedeutend wichtiger wäre, nimmt das ZDF mit seinem Faktencheck einfach die Bundesregierung in Schutz, indem es Lippenbekenntnisse zitiert und ihr damit erlaubt, sich die Hände reinzuwaschen. Die Überschrift allerdings suggeriert, es gehe in dem Faktencheck um die Frage der realen Existenz einer Bargeldabschaffung anstatt nur darum, was öffentliche Stellen äußern oder nicht äußern, wollen oder nicht wollen. Dabei wäre es Aufgabe der Medien als vierte Gewalt, die Politik zu hinterfragen, um Machtmissbrauch zu verhindern.

Eine Analyse, welche Intentionen den Entscheidungen auf EU-Ebene zu Grunde liegen, darf man nicht auf die leichte Schulter nehmen, wenn man bedenkt, wie viele Staaten daran beteiligt sind und wie viele Lobbyisten in Brüssel residieren.¹⁴ Worte und symbolische Handlungen können täuschen und von den Taten ablenken.

10 Siehe LA7, „Romano Prodi: ‚Lotta all'evasione e aumento della spesa per risollevarci‘“, 02.06.2020, <https://www.la7.it/dimartedi/video/romano-prodilotta-allevasione-e-aumento-della-spesa-per-risollevarci-02-06-2020-328349>.

11 Siehe Focus, „EU-Digitalkommissar Oettinger sieht das Ende des Bargelds kommen“, 10.04.2016, https://www.focus.de/finanzen/banken/mit-dem-smartphone-bezahlen-eu-digitalkommissar-oettinger-sieht-das-ende-des-bargelds-kommen_id_5424258.html.

12 Siehe EU-Kommission, MEMO/07/590, 19.12.2007, https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/memo_07_590.

13 Mehr zum Thema unter Bargeldverbot.info, „Die EU-Kommission im Krieg gegen das Bargeld“, 26.09.2022, <https://bargeldverbot.info/2022/09/26/bruessel-war-on-cash/>.

14 Siehe BR24, „Brüssel im Fokus: Wie 29.000 Lobbyisten die EU beeinflussen“, 06.06.2024, <https://www.br.de/nachrichten/deutschland-welt/bruessel-im-fokus-wie-29-000-lobbyisten-die-eu-beeinflussen.UeuHBMz>.

2.1.4 Was und wie? Ein Dutzend (Schleich)wege für die Bargeldabschaffung

Mehr als 85 Prozent der Menschen möchten auch in Zukunft mit Bargeld bezahlen können.¹⁵ Bargeld ist beliebt, weil die Kontrolle über das Geld in den eigenen Händen liegt, weil es persönlich ist, weil es Anonymität bietet und weil es die Disziplin beim Geldausgeben unterstützt. Alle diese Vorteile gehen verloren, wenn Bargeld in Bussen, Cafés und an anderen Orten abgelehnt wird und wenn es nicht mehr verfügbar ist, weil Banken Gebühren aufschlagen und Geldautomaten abbauen. Jeder unter den nachfolgenden zwölf Punkten rechtfertigt es daher, von einer Bargeldabschaffung zu sprechen:

1. Die Bundesbank und andere Notenbanken im Euroraum schließen eine Zweigstelle nach der anderen.

Dies ist der Fall. Über die Filialen der Bundesbank erhalten Geschäftsbanken Bargeld, das sie ihren Kunden ausbezahlen. Auf der anderen Seite steuern Geldtransporter Bundesbankfilialen an, um Münzen und Scheine in den Kreislauf zurückzuführen, die sie bei großen Einzelhändlern abholen.¹⁶ Wenn die Bundesbankfilialen wegsterben, wird Bargeld für Geschäftsbanken und Einzelhandel teurer.¹⁷ Der Kostendruck motiviert Unternehmen dazu, das Bargeld abzuschaffen. Im Frühjahr 2000 unterhielt die Bundesbank noch 135 Zweigstellen, heute sind es 31 (!) und im Jahr 2039 verbleiben unserer Gesellschaft den Plänen nach lediglich 23.¹⁸

2. Sparkassen, Genossenschafts- und Privatbanken schließen immer mehr Filialen. Ladeninhaber müssen weite Wege auf sich nehmen, um ihre Einnahmen selbständig auf das Geschäftskonto einzuzahlen, und schaffen deshalb Bargeld ab.

Tatsächlich warnte der Hauptgeschäftsführer des Handelsverbands Deutschland, Stefan Genth, 2024, der Bargeldkreislauf drohe zusammenzubrechen, wenn sich das Filialsterben fortsetze.¹⁹ Durch die Schließung zahlreicher Bankfilialen werde der Umgang mit Bargeld immer herausfordernder und kostenintensiver. Statistiken der Bundesbank zeigen:

15 Siehe BEUC, „Free, easy and secure: What consumers expect from the digital euro“, September 2025, Seite 12, https://www.beuc.eu/sites/default/files/publications/BEUC-X-2025-085_What_consumers_expect_from_the_digital_euro-copy.pdf.

16 Zur Bedeutung der Bundesbankfilialen für die Rückführung von Münzen siehe Handelsblatt, „Wie werden Bankkunden ihr Kleingeld los?“, 06.01.2026, <https://www.handelsblatt.com/finanzen/banken-versicherungen/bargeld-einzahlen-wie-werden-bankkunden-ihr-kleingeld-los/100152292.html>.

17 Siehe Handelsblatt print, „Kritik an Filialschließungen“, 30.09.2024, <https://epaper.handelsblatt.com/epaper/handelsblatt-2024-09-30-epa-2147/?interactivelayer=86312>.

18 Siehe Berliner Zeitung, „Wie die Bundesbank das Bargeld vernachlässigt und damit akute Probleme verkennt“, 27.07.2025, <https://www.berliner-zeitung.de/open-source/wie-die-bundesbank-das-bargeld-vernachlaessigt-li.2341021>.

19 Siehe Handelsverband Deutschland, „HDE fordert Stärkung des Bargeldkreislaufs“, 23.10.2024, <https://einzelhandel.de/presse/aktuellemeldungen/14650-aktuelle-umfrage-barzahlung-und-bargeldabhebung-im-einzelhandel-beliebt-hde-fordert-staerkung-des-bargeldkreislaufs>.

Die Zahl der Bankzweigstellen in Deutschland ging 2024 um acht Prozent zurück, 2023 um fünf Prozent.²⁰ 2017 gab es noch 30.126 Filialen, bis 2024 sank die Zahl auf 17.870.

Eine Umfrage der Schweizer Nationalbank aus dem Jahr 2021 ergab, dass 30 Prozent der Unternehmen mit „einer Reduktion der Bargeldnutzung reagieren“ würden, wenn die lokale Bargeldinfrastruktur weiter zurückgeht.²¹ Nur sechs Prozent gaben an, auf die (nicht ganz billigen) Dienstleistungen von Geldtransportfirmen auszuweichen.

3. Bürger gelangen schlechter an Bargeld und schränken deshalb seine Nutzung ein.

Eine Umfrage des Bundesverbands der Verbraucherzentralen von 2025 kam zu dem Ergebnis: Bei 29 Prozent der Befragten hat sich der Weg zum Bargeld in den letzten drei Jahren verlängert.²² Gefragt wurde nach dem Weg „zum Geldautomaten, zu einer Bankfiliale oder zu einem Supermarkt mit Geldabhebungsmöglichkeit“.

Die Schweizer Nationalbank ermittelte 2024, dass 31 Prozent der Bürger mit einer „reduzierten Bargeldnutzung“ reagieren würden, wenn die hauptsächlich genutzte Bezugsquelle wegfiel.²³ Schon damals gaben 60 Prozent als Grund für die bevorzugte Nutzung bargeldloser Zahlungsmittel an, die Beschaffung von Bargeld sei zu umständlich.²⁴

Während Banken die Bargeld-Infrastruktur zurückbauen, belohnen²⁵ sie Kartenzahler mit einer Rückvergütung auf das Konto und nutzen²⁶ ihr Werbebudget, um Geldscheinen ein Hygienrisiko anzudichten²⁷ und für bargeldlose Läden zu werben²⁸. Derweil entrichten

-
- 20 Siehe Deutsche Bundesbank, „Bankstellenentwicklung im Jahr 2024“, 17.07.2025, <https://www.bundesbank.de/de/presse/presenotizen/bankstellenentwicklung-im-jahr-2024-945292>.
- 21 Siehe Schweizerische Nationalbank, „Umfrage zu Zahlungsmitteln bei Schweizer Unternehmen 2021“, Februar 2022, https://www.snb.ch/dam/jcr:7151565d-a776-4bab-88a3-f67bec337861/payment_survey_companies_report_2021.de.pdf.
- 22 Siehe Bundesverband der Verbraucherzentralen, „Tabellenband Befragung: vzbv Jahresendbefragung“, November 2025, https://www.vzbv.de/sites/default/files/2025-12/Tabellenband_Jahresendbefragung_2025_Bargeld.pdf.
- 23 Siehe Schweizerische Nationalbank, „Weiterführende Grafiken zum Thema Zahlungsmittelakzeptanz und Zahlungsverkehrsinfrastruktur“, abgerufen 14.04.2026, <https://www.snb.ch/de/the-snb/mandates-goals/cash/payment-methods-survey/charts-pmsp2026-acceptanceinfrastructure>.
- 24 Siehe Schweizerische Nationalbank, „Weiterführende Grafiken zum Thema Zahlungsverhalten“, abgerufen 14.04.2026, <https://www.snb.ch/de/the-snb/mandates-goals/cash/payment-methods-survey/charts-pmsp2026-behaviour>.
- 25 Siehe Finanzbusiness.de, „Sparkassen suchen nach dem Bonusfaktor“, 12.04.2021, <https://finanzbusiness.de/nachrichten/banken/article12886813.ece>.
- 26 Siehe Finanz100.de, „Sparkasse warnt Bargeld-Nutzer vor Tausenden Arten von Bakterien“, 30.12.2025, https://www.finanz100.de/finanznachrichten/boerse/sparkasse-warnt-bargeld-nutzer-vor-tausenden-arten-von-bakterien-H172648141_bfoc26a5-7fo6-441e-bc6b-75a1561baaa9_bfoc26a5-7fo6-441e-bc6b-75a1561baaa9/.
- 27 Siehe Bargeldverbot.info, „Mastercards weltweite Aktivitäten gegen Bargeld aufgedeckt: die Erfindung einer Gesundheitsgefahr durch Banknoten“, 12.02.2021, <https://bargeldverbot.info/2021/02/22/mastercard-gesundheitsgefahr-aufgedeckt/>.
- 28 Siehe Hamburger Sparkasse, „Bargeldlos in Hamburg: In diesen 10 Restaurants zahlst du mit Karte“, 04.03.2024, <https://www.haspa-insider.de/bargeldlos-in-hamburg/>.

Händler Gebühren für jede Kartenzahlung an die Finanzwirtschaft und preisen die Kosten in ihre Produkte ein.

4. Bürger zahlen öfter Gebühren an Geldautomaten und Bankschaltern, wenn sie Bargeld abheben, und schränken deshalb seine Nutzung ein.

Die Befragung des Bundesverbands der Verbraucherzentralen von 2025 brachte ans Licht, dass sich die Abhebungskosten in den letzten drei Jahren bei 25 Prozent der Umfrageteilnehmer erhöht haben.²⁹ Wo die eigene Bank einen Geldautomaten abbaut, ist man schnell genötigt, auf einen Automaten einer anderen Bank auszuweichen. Das kostet dann gut und gerne fünf Euro Gebühr pro Bargeldauszahlung.³⁰

Die Schweizer Nationalbank ermittelte 2024, dass 43 Prozent der Befragten die Bargeldnutzung reduzieren würden, wenn die Gebühren um einen, drei oder fünf Franken stiegen.³¹ Insbesondere junge Menschen kehrten dem Bargeld dann den Rücken (56 Prozent der 15- bis 34-Jährigen).

5. Unternehmen schaffen Bargeld ab und das gesetzliche Zahlungsmittel kann seine Funktion nicht mehr erfüllen.

Immer wieder gehen Berichte über bargeldlose Bäckereien durch die Medien. Schwimmbäder stellen auf Kassenautomaten ohne Bargeldannahme um.³² Hotels lehnen Bargeld ab. Gemäß der Umfrage der Verbraucherzentralen von 2025 standen 30 Prozent der Befragten im letzten halben Jahr vor der Situation, nicht mit Bargeld bezahlen zu dürfen.³³ Unter den 16- bis 29-Jährigen waren es sogar 40 Prozent, was darauf hindeutet, dass Bargeld häufig an Orten mit jüngerem Publikum abgeschafft wird.³⁴ Ein breites Bündnis von Verbraucherschutz-, Sozial-, Wohlfahrts- und Wirtschaftsverbänden fordert dementsprechend in einem aktuellen Appell: „Bargeld muss bleiben!“³⁵

29 Siehe Bundesverband der Verbraucherzentralen, „Tabellenband Befragung: vzbv Jahresendbefragung“, November 2025, https://www.vzbv.de/sites/default/files/2025-12/Tabellenband_Jahresendbefragung_2025_Bargeld.pdf.

30 Siehe Schwäbische Zeitung, „Die Bankkunden können hier kein Geld abheben und bei der Sparkasse kostet es Gebühren“, 19.03.2026, <https://www.schwaebische.de/regional/tuttlingen/tuttlingen/die-bankkunden-koennen-hier-kein-geld-abheben-und-bei-der-sparkasse-kostet-es-gebuehren-4405815>.

31 Siehe Schweizerische Nationalbank, „Weiterführende Grafiken zum Thema Zahlungsmittelakzeptanz und Zahlungsverkehrsinfrastruktur“, abgerufen 14.04.2026, <https://www.snb.ch/de/the-snb/mandates-goals/cash/payment-methods-survey/charts-pmsp2026-acceptanceinfrastructure>.

32 Siehe etwa Die Rheinpfalz, „Schwimmbad nimmt an der Kasse kein Bargeld mehr“, 09.07.2023, https://www.rheinpfalz.de/lokal/kreis-suedliche-weinstrasse_artikel,-schwimmbad-nimmt-an-der-kasse-kein-bargeld-mehr-_arid,5528234.html.

33 Siehe Bundesverband der Verbraucherzentralen, „Tabellenband Befragung: vzbv Jahresendbefragung“, November 2025, https://www.vzbv.de/sites/default/files/2025-12/Tabellenband_Jahresendbefragung_2025_Bargeld.pdf.

34 Häufig wird das Bargeld in den Mensen der Universitäten abgeschafft. Siehe Universität Hamburg, „Unterschriftenaktion zur Einschränkung der Zahlungsmöglichkeiten in den Einrichtungen des Studierendenwerks“, 02.04.2024, <https://www.wipr.uni-hamburg.de/2-news/barzahlung-in-mensen.html>.

35 Siehe Sozialverband VdK, „Gemeinsamer Appell: Bargeld muss bleiben!“, 29.01.2026, <https://www.vdk.de/aktuelles/aktuelle-meldungen/artikel/gemeinsamer-appell-bargeld-muss-bleiben/>.

In Großbritannien ergab eine Befragung unter klein- und mittelständischen Unternehmen, dass die Bargeldakzeptanz stark sinkt. Im Jahr 2025 ging eins von sieben Innenstadtgeschäften in dem Land dazu über, nur noch Kartenzahler zu bedienen.³⁶ In den Niederlanden lehnen nach Statistik der nationalen Notenbank, Stand 2025, bereits 21 Prozent der lokalen Apotheken Bargeld ab.³⁷ Der seinerzeitige Chef der Oesterreichischen Nationalbank, Robert Holzmann, kommentierte die Entwicklung mit den Worten: „Wehret den Anfängen“, kann ich da nur sagen.“³⁸

6. Der Staat schafft das selbst gedruckte Geld in der öffentlichen Verwaltung ab und erlaubt Grundversorgern, das Gleiche zu tun.

Eine Untersuchung der Bundesbank von 2025 zeigte: Testkäufer scheiterten auf acht von 30 Ämtern daran, eine Behördendienstleistung bar zu begleichen.³⁹ Nimmt man Situationen hinzu, in denen es seltener zu einem physischen Kontakt zwischen Bürger und Staatsbediensteten kommt, etwa Steuerzahlungen, stellt man fest, dass die Bargelddiskriminierung noch weitreichender ist. 2023 ergab eine Umfrage der Bundesbank, dass die Bürger bei 50 Prozent aller Behördenzahlungen keine Möglichkeit gehabt hätten, mit Bargeld zu begleichen.⁴⁰ Zwei Jahre zuvor lag der Anteil bei 37 Prozent.

Die Entwicklung spiegelt sich im bundesdeutschen Koalitionsvertrag wider. Die öffentliche Verwaltung solle in Zukunft „rein digital (digital only)“ sein, heißt es dort. Damit avanciert der Staat zum führenden Akteur hinter der Bargeldabschaffung, während seine Regierung erklärt, das Bargeld erhalten zu wollen.

Schon 2021 erlaubten die Regierungsparteien CDU/CSU und SPD dem Nahverkehr, die Akzeptanz von Bargeld im Verkehrsmittel und an der Haltestelle zu verweigern.⁴¹ Auch die Grünen stimmten für die Gesetzesänderung. Seither schaffen immer mehr

36 Siehe LINK, „Research on Cash Acceptance on the UK High Street“, 06.03.2026, <https://www.link.co.uk/news/research-on-cash-acceptance-on-the-uk-high-street>.

37 Siehe De Nederlandsche Bank, „Iets minder winkels accepteren cash“, 12.05.2025, <https://www.dnb.nl/algemeen-nieuws/nieuws-2025/iets-minder-winkels-accepteren-cash/>.

38 Siehe Kronen-Zeitung, „Bargeld: Nationalbank-Boss für Annahme-Pflicht“, 14.08.2023, <https://web.archive.org/web/20230814175850/https://www.oenb.at/dam/jcr:13bb62de-odde-4161-99d2-c31b60ccdf4d/interview-holzmann-krone-2023-08-14.pdf>.

39 Siehe Deutsche Bundesbank, „Monatsbericht Dezember 2025“, 15.12.2025, <https://publikationen.bundesbank.de/publikationen-de/berichte-studien/monatsberichte/monatsbericht-dezember-2025-972182?article=bargeldakzeptanz-in-deutschland-972186>.

40 Siehe Deutsche Bundesbank, „Zahlungsverhalten in Deutschland 2023“, Juli 2024, <https://publikationen.bundesbank.de/publikationen-de/berichte-studien/monatsberichte/monatsbericht-dezember-2025-972182?article=bargeldakzeptanz-in-deutschland-972186>.

41 Siehe Deutscher Bundestag, „Bundestag reformiert das Recht der Personenbeförderung“, 05.03.2021, <https://www.bundestag.de/dokumente/textarchiv/2021/kwog-de-personenbefoerdersrecht-824864>, und Paragraph 7 der „Verordnung über die Allgemeinen Beförderungsbedingungen für den Straßenbahn- und Obusverkehr sowie den Linienverkehr mit Kraftfahrzeugen“.

Verkehrsunternehmen das Bargeld ab. Kinder⁴² und Senioren⁴³ haben das Nachsehen; das Grundrecht auf Teilhabe am öffentlichen Leben wird mit Füßen getreten.

7. Barzahler werden durch höhere Preise finanziell schlechtergestellt und beginnen deshalb auf Bargeld zu verzichten.

Eine mittelgroße Bäckereikette mit Sitz im niederrheinischen Brüggen gewährt Kartenzahlern fünf Prozent Rabatt (siehe Abbildung). Im Verkehrsverbund Bodensee-Oberschwaben zahlen treue Nutzer der Smartphone-App 30 Prozent weniger für den Fahrschein: 2,10 Euro statt 3,00 Euro (siehe Abbildung). Beim Hamburger Verkehrsverbund bekommen Digitalaffine schon seit Januar 2021 sieben Prozent Rabatt. Die Deutsche Bahn unterdessen stellte Ende 2023 an den Automaten den Verkauf von Sparpreistickets ein und zwang Kunden danach beim Onlinekauf auf die amerikanischen Bezahlwege PayPal und Kreditkarte (siehe Abbildung).



Werbeplakat des örtlichen Verkehrsverbunds am Bahnhof Überlingen am Bodensee

Quelle: Hansjörg Stützle, Frühherbst 2025.



Fünf Prozent Rabatt für Kartenzahler in einer Filiale der Landbäckerei Stinges

Quelle: Anonym. Der Name des Fotografen ist den Autoren bekannt.

42 Über ein unschönes Beispiel berichtete der MDR in „Zahlen nur mit Karte: Verkehrsverbund VVO testet bargeldlose Ticketautomaten“, 13.01.2023, <https://web.archive.org/web/2023013161800/https://www.mdr.de/nachrichten/sachsen/dresden/nahverkehr-vvo-fahrscheine-automaten-geld-bezahlen-bargeldlos-100.html>.

43 Siehe Bild, „Senioren verzweifeln an bargeldlosen Bussen“, 19.10.2024, <https://www.bild.de/news/inland/nach-ticket-revolution-senioren-verzweifeln-am-busfahren-ohne-bargeld-6706696341544c4c743b5758>.

The screenshot shows a payment selection interface. At the top, a progress bar indicates the current step is 'Zahlung'. The main section is titled 'Wie möchten Sie zahlen?' and lists four options:

- PayPal**: Selected with a radio button, marked 'Bevorzugt'. Text below: 'Nachdem Sie Ihre Bestellung überprüft haben, werden Sie zu PayPal weitergeleitet. Dort loggen Sie sich mit Ihren PayPal-Daten ein und bestätigen die Zahlung.' A toggle for 'Bevorzugtes Zahlungsmittel' is turned on.
- SEPA-Lastschrift DE**: Disabled with a radio button. Text below: 'Diese Zahlungsart ist für dieses Angebot nicht möglich.'
- Kreditkarte**: Unselected with a radio button.
- Bonvoy**: Unselected with a radio button.

 Below this section, under the heading 'Weitere Optionen', there is one option:

- Gutschein einlösen**: Unselected with a checkbox.

Quelle: Eigenes Bildschirmfoto vom 27.01.2025.

Die Deutsche Bundesbank ermittelte in einer Umfrage: Die Hälfte der Bürger würde auf Bargeld verzichten und Karten nutzen, wenn bei einem Rechnungsbetrag von 50 Euro ein Nachlass von 50 Cent winkte – das sind ein Prozent Rabatt.⁴⁴

Wenn die digitalaffine Mehrheit der Bürger dauerhaft einen niedrigeren Preis bezahlt, kann von einem Rabatt keine Rede mehr sein. Der rabattierte Betrag ist der Effektivpreis; Bargeldnutzer dagegen zahlen einen Aufschlag. Viele Senioren und Kinder, genauso Menschen mit geringem Einkommen, die Bargeld schätzen, um die Ausgaben im Griff zu behalten, sind somit gezwungen, die Gruppe der Kartenzahler zu subventionieren. Mit diesem System wird die Kaufkraft finanziell schlechtergestellter Menschen auf wohlhabendere umverteilt. Man privilegiert das Geschäftsmodell der Banken gegenüber dem gesetzlichen Zahlungsmittel.

⁴⁴ Siehe Deutsche Bundesbank, „Kosten von Bargeld und Kartenzahlungen aus Verbrauchersicht“, Februar 2025, Seite 41, <https://www.bundesbank.de/resource/blob/820852/e1512d7e9107cfd7d30c3b345b9f6480/472B63F073F071307366337C94F8C870/kosten-von-bargeld-kartenzahlungen-verbrauchersicht-2024-data.pdf#page=41>.

8. Die Notenbanken stellen die Ausgabe von Bargeld ein.

Dieses Szenario ist derzeit unrealistisch, würde aber das Bezahlen mit Bargeld nach kurzer Zeit verunmöglichen. Rechtlich und praktisch gesehen sind die Notenbanken heute gezwungen, den Banken Geldscheine auszubezahlen. Die Frage wird erst in dem Moment relevant, in dem die Notenbanken die Möglichkeit bekämen, den Banken das Zentralbankguthaben in einem gesetzlichen Zahlungsmittel digitaler Art auszubezahlen anstatt in Banknoten. Dann muss geklärt werden, ob aus Artikel 128 AEU-Vertrag⁴⁵ eine Pflicht für den Staat erwächst, Bargeld in Umlauf zu bringen und als Zahlungssystem zu erhalten.

9. Die EU-Staaten reißen das gesetzliche Fundament des Bargelds ein und schwächen dessen Schutz im AEU-Vertrag und der EZB-Satzung ab.

Eine solche Maßnahme wurde auf EU-Ebene unseres Wissens nie diskutiert. Allerdings muss gesagt sein, dass das Bargeld kein stabiles rechtliches Fundament besitzt. Zwar gelten Banknoten und Münzen als gesetzliches Zahlungsmittel. Doch welcher Schutz ergibt sich daraus? Unternehmer berufen sich seit Jahren auf die Vertragsfreiheit, wenn sie Bargeld in ihrem Laden ablehnen. Die gleiche Rechtsauffassung vertrat auch die Bundesbank.⁴⁶

Wenn es um Dienstleistungen der öffentlichen Daseinsvorsorge geht oder um den neuen Reisepass, kann sich der Zahlungsempfänger allerdings nicht auf die Vertragsfreiheit berufen. Gerade hier hat der Staat das gesetzliche Fundament des Bargelds aktiv geschwächt.

Die hessische Gemeindekassenverordnung beispielsweise fordert die Kommunen auf, „jede Möglichkeit“ wahrzunehmen, „auf den unbaren Zahlungsverkehr hinzuwirken“.⁴⁷ Auf dieser Basis stellen etwa Kfz-Zulassungsstellen die Bargeldakzeptanz ein.⁴⁸ Seit der Reformierung des bundesdeutschen Personenbeförderungsrechts 2021 können zudem Nahverkehrsbetriebe Barzahlungen verweigern.⁴⁹ Die Ablehnung des Bargelds durch öffentliche Stellen ist deutlich ausgeprägter als in der Privatwirtschaft. Damit steht der Staat an vorderster Front der Bargeldabschaffung.

45 Siehe <https://dejure.org/gesetze/AEU/128.html>.

46 Siehe etwa MDR, Umschau, 05.11.2024, zitiert von Hansjörg Stützle in „Bargeld vor dem Aus in der EU? Wichtige Botschaft an die Politik“, 14.11.2025, Minute 11:55, <https://www.youtube.com/watch?v=nNk-aEI8ySc&t=716s>.

47 Siehe Hessisches Ministerium des Innern, „Hinweise zur Gemeindekassenverordnung (GemKVO)“, 24.01.2016, https://innen.hessen.de/sites/innen.hessen.de/files/2021-10/anwendungshinweise_gemkvo.pdf.

48 Siehe Norbert Häring, „Wie die Länder die Kommunen und Kreise zur Bargeldabschaffung drängen“, 09.03.2025, <https://norberthaering.de/bargeld-widerstand/marburg-biedenkopf/>.

49 Siehe Deutscher Bundestag, „Bundestag reformiert das Recht der Personenbeförderung“, 05.03.2021, <https://www.bundestag.de/dokumente/textarchiv/2021/kwo9-de-personenbefoerdersrecht-824864>, und Paragraph 7 der „Verordnung über die Allgemeinen Beförderungsbedingungen für den Straßenbahn- und Obusverkehr sowie den Linienverkehr mit Kraftfahrzeugen“.

10. Der Staat sieht tatenlos zu, wie sein eigenes Zahlungsmittel von der Privatwirtschaft verdrängt wird. Am Ende erscheint die Bargeld-Infrastruktur unter dem Aspekt der Verhältnismäßigkeit nicht mehr finanzierbar und Bargeld büßt seine Funktion ein.

Wenn ein Unternehmen die Dienstleistungen seiner Mitbewerber „herabsetzt oder verunglimpft“, verstößt es gegen das Gesetz gegen den unlauteren Wettbewerb.⁵⁰ Darum zieht PayPal in seiner Werbung auch nicht über die Girocard her oder Mastercard über Wero.

Den Staat dagegen scheint es kalt zu lassen, wenn US-Anbieter an Deutschlands Bahnhöfen das gesetzliche Zahlungsmittel verspotten:⁵¹ „Cash ist nicht mehr King.“ Oder: „Hat Bargeld dich jemals zurückgeliebt?“ Solche Botschaften prangten vergangenes Jahr auf Werbetafeln, ohne den Urheber zu verraten.⁵² Erst nach Wochen gab sich das Unternehmen dahinter zu erkennen: „Tschüss Bargeld. Hallo PayPal.“

Die Politik legt Grundversorgern und Privatanbietern keine Steine in den Weg, wenn Barzahler mehr Geld berappen müssen, weil Digitalzahler Rabatte erhalten. Man schaut zu, wie Privatbanken und Sparkassen Geldautomaten und Filialen schließen. Dabei kommt das staatliche Zahlungsmittel allein über diese Banken in Umlauf.

Wenn der Staat wollte, dass der Bürger öffentliches Geld nutzen kann, dann müsste er die Banken auf die Bargeldversorgung verpflichten oder, wie es die Oesterreichische Nationalbank tut, selbst Automaten aufstellen.^{53:54} Auch die geplante EU-Bargeld-Verordnung nach dem Entwurf des Ministerrats von Dezember 2025 sieht keine klaren Regeln vor, wie viel Prozent der Menschen in Stadt und Land in welchem Abstand Zugang haben sollten zu einer hinreichenden Bargeldquelle.^{55:56} Die Zeichen stehen auf „weiter wie bisher“.

50 Siehe Paragraf 4 UWG, https://www.gesetze-im-internet.de/uwg_2004/_4.html.

51 Mehr dazu bei Bargeldverbot.info, „PayPals Feldzug gegen das Bargeld“, 09.09.2025, <https://bargeldverbot.info/2025/09/09/paypal-feldzug/>.

52 Siehe Norbert Häring, „PayPal startet Marketingkampagne gegen das Bargeld in Deutschland“, 27.05.2025, <https://norberthaering.de/bargeld-widerstand/marketingkampagne-gegen-bargeld/>.

53 Siehe Oesterreichische Nationalbank, „Nationalbank stärkt flächendeckende Bargeldversorgung im ländlichen Raum“, 01.07.2025, <https://www.oenb.at/Presse/Pressearchive/2025/20250701.html>.

54 Mehr dazu, was sich im Ausland tut, bei Norbert Häring, „Gute Nachrichten für Bargeldfreunde – nur nicht aus Deutschland“, 04.06.2025, <https://norberthaering.de/bargeld-widerstand/gute-nachrichten-fuer-bargeld/>.

55 Siehe EU-Ministerrat, Aktenzeichen 16696/25, 17.12.2025, <https://data.consilium.europa.eu/doc/document/ST-16696-2025-INIT/en/pdf>.

56 Die Autoren haben dem EU-Parlament im November 2025 Vorschläge für den klaren Schutz des Bargelds unterbreitet. Siehe Bargeldverbot.info, „13 Punkte zur Verbesserung der EU-Bargeld-Verordnung“, 04.11.2025, <https://bargelderhalt.info/dok-verbesserung-vo>.

11. Die EU-Länder verbieten den Erwerb einzelner (oder sämtlicher) Güter mit Bargeld und senken die Barzahlungsobergrenzen Schritt um Schritt.

Bargeldverbote gelten nicht nur beim Immobilienkauf. Insgesamt 19 Staaten der EU verbieten Barzahlungen ab bestimmten Grenzen.⁵⁷ Die härtesten Regeln gelten in Griechenland: Ab 500 Euro ist zwingend unbar zu bezahlen – zum Beispiel dann, wenn ein Journalist ein Laptop erwirbt oder vor einer mittelgroßen Hotelrechnung steht.

Die Pressefreiheit wird insoweit eingegrenzt. Denn um Informanten zu schützen, müssen Journalisten unbemerkt mit ihnen kommunizieren. Andernfalls wird die Öffentlichkeit keine Informationen von Whistleblowern erhalten. Aus diesem Grunde kauften zwei Journalisten Laptops in bar: der Washington-Post-Reporter Barton Gellman und die Dokumentarfilmerin Laura Poitras. Sie brauchten sichere Endgeräte, um im Frühjahr 2013 verschlüsselte Nachrichten mit Edward Snowden auszutauschen. Sie wollten nicht ins Raster der Ermittler geraten.⁵⁸

Es mag wenig verwundern, dass Edward Snowden aus seinem Exil Bargeldobergrenzen kritisierte.^{59,60} Trotzdem sinken die Limits immer weiter. Zehn Staaten verschärfen sie nach ihrer Einführung mindestens ein Mal: Das sind Belgien, Bulgarien, Dänemark, Frankreich, Griechenland, Italien, Kroatien, Slowenien, Spanien und Tschechien.⁶¹ In Dänemark zum Beispiel gilt seit 2024 eine Grenze von 15.000 Kronen, umgerechnet 2000 Euro.⁶² 2021 lag sie noch bei 20.000 Kronen, zuvor ab 2013 bei 50.000 Kronen und ursprünglich, von 2006 an, bei 100.000 Kronen.

Der Ex-Bundesdatenschutzbeauftragte Peter Schaar warnte bereits 2016, dass Bargeldobergrenzen, einmal eingeführt, schrittweise sinken werden, und zeigte eine Parallele auf: Nach den Ereignissen vom 11. September 2001 sei staatlichen Stellen die Möglichkeit gegeben worden, Kontodaten abzufragen. Doch habe heute „jedes Jobcenter, jedes Finanzamt genau diese Zugriffsmöglichkeiten.“⁶³

Schaar weiter: „Erst mal wird es eingeführt, vielleicht auch mit restriktiven Zugriffsmöglichkeiten, und im zweiten Schritt werden dann diese Zugriffsmöglichkeiten erweitert. Es wäre naiv anzunehmen, dass das hier nicht stattfinden würde.“

57 Eine Übersicht bietet Bargeldverbot.info, „19 EU-Länder schränken die Verwendung von Bargeld ein“, Stand 07.01.2026, <https://bargeldverbot.info/2021/11/26/18-eu-laender-bargeldobergrenzen/>.

58 Siehe Barton Gellman, „Der dunkle Spiegel“, Oktober 2020, Seite 19.

59 Bargeld half Edward Snowden auf seiner Flucht aus Amerika. Siehe Bargeldverbot.info, „Edward Snowden warnt vor digitalem Finanzfaschismus“, 07.06.2022, <https://bargeldverbot.info/2022/06/07/edward-snowden-warnt/>.

60 Snowden kritisierte die EU-Pläne am 10. Dezember 2022 auf Twitter, <https://x.com/Snowden/status/1601570449208774656>.

61 Siehe Bargeldverbot.info, „Bargeldobergrenze in 10 EU-Ländern wiederholt verschärft“, 02.02.2024, <https://bargeldverbot.info/2024/02/02/bargeldverbot-erneut-gesunken/>.

62 Siehe Paragraf 5 Hvidvaskloven, <https://danskelove.dk/hvidvaskloven/5>.

63 Siehe Deutschlandfunk, „Begrenzung von Freiheiten“, 04.02.2016, <https://www.deutschlandfunk.de/einschraenkung-bei-bargeldzahlungen-begrenzung-von-100.html>.

Mitte der 2000er gab es nur wenige Tausend Kontoabfragen im Jahr, heute bewegen wir uns im Millionenbereich.⁶⁴

12. Der Staat auf nationaler oder europäischer Ebene setzt aktiv einen Prozess in Gang, der das Bargeld als Zahlungssystem verdrängt und damit näher an einen Kipppunkt bringt.

Schon im Vorspann zum ZDF-Beitrag von Nils Metzger steht: „Digitales Bezahlen wird beliebter, Staat und Banken werben dafür.“ Was „werben“ im Falle des Staates wirklich bedeutet, erfährt der Leser so wenig, wie der Artikel die Kampagnen der Finanzwirtschaft beleuchtet. Auf EU-Ebene wurden elektronische Zahlungen intensiv gefördert und vergünstigt, während Bargeld verteuert wurde.⁶⁵

Hohe Gebühren für die Bargeldeinzahlung und Bargeldauszahlung sind heute gang und gäbe. Zu verdanken ist das einerseits einer EU-Zahlungsdiensterichtlinie. In deren Folge brauchen die Banken in Deutschland keine Freipostenregelung vorzusehen.⁶⁶ Zum anderen hat eine EU-Verordnung die Kosten für die Münzgeldeinzahlung nach oben getrieben.⁶⁷ Auch kleine 1- bis 20-Cent-Münzen müssen deshalb mit speziellen Geräten geprüft werden, obwohl keine Fälschungen auftauchen.

Gleichzeitig senkte die EU-Interbankenentgelt-Verordnung die Preise für Kartenzahlungen. Auch wettbewerbsrechtliche Entscheidungen der EU-Kommission trugen dazu bei. Seither akzeptieren die meisten Händler unbare Zahlungsmittel ab null Euro. Das erklärte Ziel dieser Politik war, Bargeldtransaktionen zu reduzieren.⁶⁸

Der geplante digitale Euro könnte die Entwicklung noch beschleunigen. Denn in der von der EU-Kommission vorgesehenen Form würde das Ungleichgewicht zwischen Bargeld und digitalen Zahlungsmitteln verstärkt. Welche Privilegien für den digitalen Euro im Vergleich zum Bargeld vorgesehen sind, führen wir im folgenden Kapitel aus. Das Ende der Entwicklung wäre jedenfalls klar: Die zunehmend seltener genutzten Geldautomaten würden von den Kreditinstituten aus Gründen der Gewinnoptimierung wegrationalisiert, Bankfilialen verschwänden und immer mehr Betriebe stellen die Akzeptanz von Bargeld ein.

Unterdessen sponsert die Bundesregierung die Verdrängung des Bargelds in anderen Weltteilen. Sie finanziert die Alliance for Financial Inclusion (AFI) und die Better Than

64 Eine Übersicht mit Quellenangaben bietet Wikipedia, Eintrag Kontenabruf, abgerufen 22.08.2023, <https://de.wikipedia.org/w/index.php?title=Kontenabruf&oldid=236643275>.

65 Siehe zum Thema unter Bargeldverbot.info, „Die EU-Kommission im Krieg gegen das Bargeld“, 26.09.2022, <https://bargeldverbot.info/2022/09/26/bruessel-war-on-cash/>.

66 Siehe Bundesgerichtshof, Urteil vom 18. Juni 2019, XI ZR 768/17, Absätze 30–31.

67 Siehe FAZ, „Wenn das Bargeld doppelt so viel kostet wie sein Wert“, 18.08.2015, <https://faz.net/premium/meine-finanzen/geld-ausgeben/dank-eu-voschrift-muenzen-kosten-mehr-als-ihr-wert-13756893.html>.

68 Siehe Bargeldverbot.info, „Die EU-Kommission im Krieg gegen das Bargeld“, 26.09.2022, <https://bargeldverbot.info/2022/09/26/bruessel-war-on-cash/>.

Cash Alliance (BTCA), zu Deutsch „Besser-als-Bargeld-Allianz“.^{69,70} Die Staatsausgaben für die BTCA im Jahr 2025 betragen 300.000 Euro. 2026 steigen sie auf 500.000 Euro.⁷¹ Kritik an den Tätigkeiten der BTCA gibt es seit Jahren.⁷² 2018 teilte die Bundesregierung mit: „Eine weiterführende Unterstützung ist derzeit nicht geplant“,⁷³ tatsächlich aber wurde die Unterstützung der Organisation über die Jahre nahtlos fortgeführt.

Je weiter das Bargeld auf anderen Kontinenten zurückgedrängt ist, desto mehr steigt der Druck auf Europa, sich im Krieg gegen die Geldwäsche solidarisch zu zeigen und Barzahlungen zu begrenzen. Mit der stiefmütterlichen Behandlung des Bargelds erweckt die Politik den Eindruck, sich an den Ratschlag eines hochrangigen IWF-Ökonoms zu halten. Alexei Kireyev schrieb 2017: „Es scheint besser zu sein, wenn die Ablösung des Bargelds von der Privatwirtschaft und nicht vom Staat vorangetrieben wird. Ersteres wirkt nahezu unbedenklich, erfordert aber dennoch politische Anpassungen. Letzteres erscheint fragwürdiger, und die Leute könnten berechtigte Einwände dagegen haben.“⁷⁴

2.1.5 Schlussfolgerung: Die Sorgen sind berechtigt

In einem Faktencheck zu einer weitgefassten Frage wie der „Bargeldabschaffung“ müssen alle Teilaspekte unter Einbezug der relevanten Tatsachen und Argumente behandelt werden. Dies ist nicht geschehen. Stattdessen beleuchtete das ZDF nur einen engen Ausschnitt aus der Wirklichkeit, legte den Lesern jedoch nahe zu glauben, eine Bargeldabschaffung wäre in jeder Hinsicht unreal. Tatsächlich verwirklicht sie sich nach zehn von zwölf Definitionen. Entgegenzuhalten ist lediglich, dass die EU-Verträge von der Politik bislang unangetastet bleiben und dass die Notenbanken weiterhin Bargeld drucken.

Das Vorgehen widerspricht dem Auftrag, umfassend „über die deutsche und europäische Wirklichkeit“ zu informieren. Die Angebote dürfen „nicht durch Weglassen wichtiger Tatsachen“ oder „durch Suggestivmethoden die persönliche Entscheidung zu bestimmen versuchen“ (Ziffer 3 Absatz 3 und Ziffer 4 Absatz 2 Programmrichtlinien). In der vorliegenden Form hätte der Artikel als Meinungsbeitrag gekennzeichnet werden müssen, anstatt mit dem Etikett „Faktencheck“ Neutralität und geprüfte Wahrheit vorzutäuschen.

69 Das Verhältnis der AFI zum Bargeld wird zum Beispiel durch folgenden Beitrag auf der Internetseite der Organisation illustriert: „Scaling up the use of electronic payments in Malawi“, 15.11.2023, <https://afi-global.org/opinion/scaling-up-the-use-of-electronic-payments-in-malawi/>.

70 Die BTCA warb lange Zeit unverblümt mit „We promote the transition from cash to digital payments“. Siehe Internetauftritt der BTCA, abgerufen 30.03.2019, <https://web.archive.org/web/20190330004908/https://www.betterthancash.org/>.

71 Siehe Deutscher Bundestag, Drucksache 21/2665, 07.11.2025, Seite 6, <https://dserver.bundestag.de/btd/21/026/2102665.pdf#page=6>.

72 Siehe Norbert Häring, „Wie eine gekaufte UN-Organisation mit Visa und Mastercard an der Abschaffung des Bargelds arbeitet“, 12.04.2016, <https://norberthaering.de/news/btca-1/?lang=de>.

73 Siehe Deutscher Bundestag, Drucksache 19/5242, 24.10.2018, <https://dserver.bundestag.de/btd/19/052/1905242.pdf#page=3>.

74 Siehe IWF, „The Macroeconomics of De-Cashing“, WP/17/71, März 2017, Seite 23, Absatz 53, <https://www.imf.org/-/media/files/publications/wp/2017/wp1771.pdf#page=23>.

2.2 Die Ungleichbehandlung des Bargelds gegenüber dem E-Euro

Der Staat plant mit dem digitalen Euro ein neues Zahlungsmittel. Dieser „soll Bargeld und reguläre Konten nicht ersetzen, sondern ergänzen“, weiß das ZDF. Auch Politiker betonen das stets. So sagte Anja Karliczek (CDU), Berichterstatterin für den elektronischen Euro im Finanzausschuss, bei einer Bundestagsdebatte am 5. Dezember 2025:

„Das Bargeld bleibt. Niemand drängt das Bargeld zurück. (...). Der digitale Euro soll das Bargeld nicht ersetzen, sondern ergänzen. (...). Der digitale Euro tritt auch nicht in den Wettbewerb mit Bargeld; das ist schon Unsinn hoch fünf. Der digitale Euro ist die europäische Antwort auf weltweite Entwicklungen zu privaten Währungen.“⁷⁵

Doch entscheidend ist nicht, für welche Krankheit ein digitaler Euro verkauft wird, sondern welche Wirkung und Nebenwirkungen er am Ende besitzt. Ein digitaler Euro kann die Zahlungsmittelpräferenzen von Wirtschaft und Bevölkerung verändern. Netzwerkeffekte beschleunigen dann den Rückgang des Bargelds. Im Klartext heißt das: Eine sinkende Akzeptanz von Bargeld reduziert erst seine Nutzung und anschließend seine Verfügbarkeit, was wiederum die Akzeptanz beeinträchtigt. Mit solchen „Netzwerkeffekten“ kalkuliert nicht irgendjemand, sondern Mitarbeiter der EU-Kommission in einem Aufsatz über „ökonomische Konsequenzen von digitalen Zentralbankwährungen“.⁷⁶

Um den Rückgang abzuwenden, bräuchte das Bargeld ein solides Fundament. Tatsächlich stellte die EU-Kommission zeitgleich mit dem Gesetzesentwurf zum digitalen Euro⁷⁷ auch eine Verordnung für den Schutz des Bargelds⁷⁸ vor. Doch ein Vergleich zwischen beiden Rechtstexten offenbart eine achtfache Ungleichbehandlung, wie wir in einem Fachaufsatz aufzeigen, der in Deutsch⁷⁹ und Englisch⁸⁰ vorliegt und postalisch an alle EU-Abgeordneten übermittelt wurde. Knapp zusammengefasst geht es um folgende Punkte:

75 Siehe Deutscher Bundestag, Plenarprotokoll 21/48, 05.12.2025, Seite 5628,

<https://dserver.bundestag.de/btp/21/21048.pdf#page=22>.

76 Siehe Europäische Kommission, „The economic consequences of central bank digital currencies“ in: Quarterly Report on the Euro Area, Ausgabe 20, Nummer 3 in 2021, Seite 40, https://economy-finance.ec.europa.eu/document/download/d4cddacc-ab3a-470e-afdd-05f20e473404_en?filename=ip167_en_chapter%20IV.pdf.

77 Siehe COM(2023) 369 final, 28.06.2023, <https://eur-lex.europa.eu/legal-content/DE/TXT/HTML/?uri=CELEX:52023PC0369>.

78 Siehe COM(2023) 364 final, 28.06.2023, <https://eur-lex.europa.eu/legal-content/DE/TXT/HTML/?uri=CELEX:52023PC0364>.

79 Siehe Bargeldverbot.info, „Ungleichbehandlung des Bargelds gegenüber dem Digitalen Euro“, Stand 01.03.2026, <https://bargelderhalt.info/dok-ungleichbehandlung>.

80 Siehe Bargeldverbot.info, „Cash on an unequal footing with the digital euro“, Stand 01.03.2026, <http://www.Bargelderhalt.info/doc-unequal-e-euro>.

1. Wäre die Akzeptanz des Zahlungsmittels in der Privatwirtschaft gewährleistet?

E-Euro	Bargeld
Händler müssten den digitalen Euro zwingend annehmen.	Im Falle des Bargelds fehlt eine klare Regelung, sodass Barzahler weiterhin mit einem Schild an der Ladentür abgewiesen werden könnten. Ministerrat und EU-Parlament wollen die Verordnung an dieser Stelle optimieren. Bei den nachfolgenden Punkten ist mit Verbesserungen bislang nicht zu rechnen.

2. Wäre die Akzeptanz des Zahlungsmittels durch Behörden und staatliche Grundversorger (Nahverkehrsunternehmen) gewährleistet?

E-Euro	Bargeld
Womöglich hätte der Staat die Option, sich im Einzelfall eine Ausnahme von der Annahmepflicht für digitale Euros zu verordnen. In der Praxis dürfte das kaum eine Rolle spielen, weil der Staat die digitale Infrastruktur fördert und nicht zurückbaut wie im Falle analoger Strukturen.	Schon heute gilt eine Ausnahme für die Bargeldannahme im Nahverkehr, während zahlreiche Behörden Bargeld ablehnen, und daran würde die EU-Verordnung nichts ändern.

3. Geld abheben vom Bankkonto ist zwingend in dem Zahlungsmittel anzubieten?

E-Euro	Bargeld
Ja, die Bank muss eine E-Euro-Geldbörse bereitstellen und die E-Euro-Auszahlung vom Bankkonto ermöglichen.	Im Falle des Bargelds lautet die Antwort nein, denn die Verordnung schreibt nicht ausdrücklich vor, dass sich Banken am Betrieb von Geldautomaten oder Bankschaltern beteiligen müssen. Theoretisch könnten sie sogar vertraglich mit dem Kunden regeln, dass eine Bargeldauszahlung auch nicht an Geldautomaten Dritter möglich ist.

4. Eine Bank muss Privatmenschen Geldabheben vom Bankkonto kostenlos anbieten?

E-Euro	Bargeld
Ja, E-Euro-Dienste wie E-Euro-Abhebung oder E-Euro-Zahlung sind laut Verordnung kostenlos.	Nein, die Bargeld-Verordnung macht an dieser Stelle keine Vorgaben.

5. Verfügt das Zahlungsmittel über ein Geschäftsmodell und ein Marketingbudget?

E-Euro	Bargeld
Banken dürfen Händlern Gebühren abverlangen, wenn der Bürger mit dem Digital-Euro bezahlt. Zudem sind laut Bundesbank Aufklärungskampagnen geplant. Dies alles fördert die Verbreitung des Digital-Euros.	Für das Bargeld ändert sich nichts, das Zahlungsmittel ist weiterhin schutzlos den Schmutzkampagnen der Finanzwirtschaft ausgesetzt.

6. Das Zahlungsmittel wäre Bankkunden von überall aus zugänglich, also leicht verfügbar?

E-Euro	Bargeld
Ja, Internetverbindung und Smartphone- oder Computerbesitz vorausgesetzt. Wie viele Menschen den E-Euro nutzen, spielt keine Rolle.	Beim Bargeld gilt: Erst wenn kein hinreichender Zugang zu Bargeld mehr gegeben ist, soll ein EU-Mitgliedstaat verhältnismäßige Gegenmaßnahmen ergreifen. Unklar bleibt, was „hinreichend“ bedeutet. Das Gebot der Verhältnismäßigkeit verlangt, die Maßnahmen in Einklang mit der Nachfrage nach Bargeld zu bringen.

7. Ein Händler kann seine Einnahmen in dem Zahlungsmittel problemlos in Bankguthaben umwandeln, um seine Lieferanten zu bezahlen?

E-Euro	Bargeld
Beim E-Euro geschieht die Umwandlung im Moment der Bezahlung automatisch.	Beim Bargeld liegt es an der EU-Kommission, den Mindestzugang zu Münzeinzelschaltern und Bankschaltern mit Bargeldannahme festzulegen. Die Verordnung verpflichtet die Kommission nicht ausdrücklich, neben einem Mindeststandard für die Bargeldauszahlung auch einen Rahmen für die Bargeldeinzahlung zu definieren.

8. Werden sich die Händlergebühren im Vergleich zwischen Bargeld und E-Euro derart unterscheiden, dass ein Anreiz besteht, die Kunden von der Nutzung eines der Zahlungsmittel abzuhalten?

E-Euro	Bargeld
<p>Beim E-Euro erster Generation werden die Zahlungsgebühren voraussichtlich geringer ausfallen als bei normalen Kartenzahlungen. Denn die Zentralbank übernimmt Kosten für die Abwicklung, und die Gebühren sind durch die Verordnung begrenzt.</p>	<p>Die Kosten für die Bargeldeinzahlung nehmen jedoch weiter zu – aufgrund steigender Bankgebühren und des Wegfalls von Bankfilialen. Die unnötig hohen Münzeinzahltarife bleiben bestehen, weil die Bargeldverordnung nichts daran ändert, dass die Münzprüfverordnung eine Echtheitsprüfung für kleine Werte vorschreibt, die nie gefälscht werden. Somit kann sich bei Händlern eine Präferenz für den Digital-Euro ausbilden. Die Verordnung hindert sie nicht daran, mit Rabatten um Digital-Euro-Zahlungen zu werben.</p>

Der Wirtschaftswissenschaftler Prof. Christian Rieck fasst es gut zusammen: „Ein gesetzliches Zahlungsmittel, das privilegiert wird, verdrängt das andere durch ökonomische Incentives, nicht durch demokratische Entscheidung.“⁸¹

Die Etablierung einer digitalen Parallelstruktur zu Bargeld macht dessen Totalabschaffung überhaupt erst möglich. Auch deshalb zieht die Politik mit der Ungleichbehandlung des Bargelds das Misstrauen der Bevölkerung auf sich. Darüber sollte das ZDF schreiben, Herr Dr. Himmler.

Wir haben eine Petition an EU-Parlament und EU-Ministerrat initiiert, damit das Bargeld ein gleichwertiges Fundament erhält wie der digitale Euro. Unseren Internetauftritt finden Sie unter www.Bargelderhalt.eu. Bislang sind 340.000 Unterschriften zusammengekommen. Und das deutet nur an, was sich Millionen von Menschen wünschen: Nach einer Umfrage des Europäischen Verbraucherschutzverbands (BEUC) befürworten 85 Prozent der Bevölkerung universelle Akzeptanz von Banknoten und Münzen.⁸²

⁸¹ Siehe LinkedIn-Beitrag von Christian Rieck, 08.11.2025, <https://www.linkedin.com/feed/update/urn:li:activity:7392922392609624065/>.

⁸² Siehe BEUC, „Free, easy and secure: What consumers expect from the digital euro“, September 2025, Seite 12, https://www.beuc.eu/sites/default/files/publications/BEUC-X-2025-085_What_consumers_expect_from_the_digital_euro-copy.pdf.

2.3 Der freie Fall des Bargelds

Wenn die Politik die Abwärtsspirale des analogen staatlichen Zahlungsmittels fördert, anstatt stoppt, erreichen wir eines Tages einen Kipppunkt. Wir wollen an dieser Stelle die Experten zu Wort kommen lassen.

Stefan Hardt, Leiter des Zentralbereichs Bargeld der Deutschen Bundesbank, sagte 2024 im SWR-Fernsehen in einer Diskussionsrunde zu Hansjörg Stützle:

„Hinter der Bargeldnutzung steht ja eine Infrastruktur und die Frage ist ja, würde es Sinn machen, die aufrechtzuerhalten, wenn denn die Bargeldnutzung so niedrig wäre. Also wenn Sie der letzte Barzahler wären, dann würde sicherlich sich die Frage stellen: Wer betreibt noch einen Geldausgabeautomaten für Sie und welcher Händler nimmt noch Bargeld an?“⁸³

Die Deutsche Bundesbank schrieb in einer Publikation von 2022:

„In einem hypothetischen Kontext geben jedoch viele Befragte an, zunehmend auf Bargeld verzichten zu wollen, wenn sich die Versorgungslage deutlich verschlechtern würde. In diesem Fall bestünde die Gefahr einer Abwärtsspirale aus reduzierter Bargeldinfrastruktur und abnehmender Bargeldnutzung. Sinkt die Nutzung von Bargeld, steigt der Kostendruck bei den privatwirtschaftlichen Akteuren des Bargeldkreislaufs wie beispielsweise Wertdienstleistern und Geschäftsbanken. Infolgedessen könnte mittel- oder langfristig die vorgehaltene Bargeldinfrastruktur reduziert werden, was wiederum die Bargeldnutzung beeinträchtigen würde.“⁸⁴

Prof. Malte Krüger, ein Experte im Bereich Zahlungsverkehr, sagte 2020 bei einer Anhörung im Deutschen Bundestag zum Thema „Welt ohne Bargeld“ mit Blick auf Schweden⁸⁵:

„Schweden hat auch ein relativ kontinuierliches Wachstum der Karte gehabt, Abnahme von Bargeld – stärker als bei uns, aber auch relativ kontinuierlich. Und dann so um 2009, 2010 ist das plötzlich gekippt, ja, dass diese ganze Bewegung sehr viel mehr Dynamik gewonnen hat. Warum? Ja, weil wenn Händler anfangen, überhaupt kein Bargeld mehr zu akzeptieren, ja, dann laufen die Leute auch ohne Bargeld rum und andere Händler sehen dann: ‚Ich brauche es auch nicht mehr.‘ Und dann schaukeln sich beide Seiten gegenseitig hoch und dann kann es sehr, sehr schnell gehen.“⁸⁶

83 Siehe SWR, „Zur Sache! Baden-Württemberg“, 20.06.2024, <https://vimeo.com/1120782685/7f2c2e28b9?share=copy#t=1395>.

84 Siehe Deutsche Bundesbank, „Monatsbericht Dezember 2022“, <https://www.bundesbank.de/resource/blob/902150/5205e524eb51729dic1933468cfe5d71/472B63Fo73Fo71307366337C94F8C870/2022-12-bargeld-bevoelkerungsbefragung-data.pdf>.

85 Zur Entwicklung in Schweden siehe Bargeldverbot.info, „Bezahlen mit Bargeld im Alltag schwieriger geworden“, 11.01.2022, <https://bargeldverbot.info/2022/01/11/bar-zahlen-schwieriger/>.

Der Bundesverband der Verbraucherzentralen schrieb 2023:

„Wie in anderen systemischen Krisen auch, drohen auch beim Bargeld Kipppunkte, die, wenn sie erst mal erreicht sind, ein Gegensteuern enorm aufwändig oder gar unmöglich machen. Ist die Bargeldinfrastruktur erst einmal dezimiert und sind die negativen Konsequenzen für Wirtschaft und Gesellschaft zutage getreten, so zeigt es etwa Schweden, wird der Wiederaufbau ein teurer Kraftakt. Der Status des Euro als gesetzliches Zahlungsmittel gerät in Zweifel, je häufiger und umfassender die Bezahlung mit Bargeld eingeschränkt wird – sei es durch staatliche oder private Stellen.“⁸⁷

Die Europäische Zentralbank hielt 2020 in einer Fußnote fest:

„Die Unterhaltungskosten der Bargeldinfrastruktur im Verhältnis zur Zahl der Barzahlungen könnten über ein akzeptables Maß hinaus ansteigen und den Rückgang der Verfügbarkeit und Akzeptanz von Bargeld beschleunigen.“⁸⁸

Die kanadische Zentralbank schrieb 2024:

„Bargeld wird in Zukunft wahrscheinlich an Bedeutung verlieren, und sollte es jemals so weit zurückgehen, dass es als Zahlungsmittel nicht mehr tragfähig ist, dann würde eine richtig konzipierte staatliche Digitalwährung dazu beitragen, die Lücke zu schließen und die Bedeutung staatlichen Geldes in der Wirtschaft aufrechtzuerhalten.“⁸⁹

Der langjährige Gouverneur der Zentralbank von China, Zhou Xiaochuan, sagte Anfang 2016 in einem Interview mit „Caixin Weekly“ anlässlich der Ankündigung eines digitalen Yuans:

„Die digitale Währung wird also noch lange Zeit neben Bargeld bestehen, bevor sie das Bargeld endgültig ersetzt. Die Kosten für Bargeldtransaktionen werden in der späteren Phase allmählich steigen. Beispielsweise erheben Banken derzeit keine Gebühren für das Zählen großer Mengen an Münzen, aber in Zukunft könnten sie ihren Kunden solche Dienstleistungen in Rechnung stellen. Mit steigenden Transaktionskosten für Papiergeld werden die Menschen motiviert sein, sich häufiger für digitales Geld zu entscheiden.“⁹⁰

86 Siehe Deutscher Bundestag, „Experten sehen in den nächsten Jahren noch keine „Welt ohne Bargeld“, 19.06.2020, Minute 15:40, <https://www.youtube.com/watch?v=rboReRvUajo&t=940s>.

87 Siehe Bundesverband der Verbraucherzentralen, „Bargeld zukunftssicher machen“, 11.08.2023, https://www.vzbv.de/sites/default/files/2023-08/230810_Stellungnahme_Bargeld_Legislativvorschlag_BMF_final.pdf.

88 Siehe EZB, „Report on a digital euro“, Oktober 2020, Seite 10, https://www.ecb.europa.eu/pub/pdf/other/Report_on_a_digital_euro~4d7268b458.en.pdf#page=11.

89 Siehe Bank of Canada, „The Role of Public Money in the Digital Age“, 10.07.2024, Seite 2, <https://www.bankofcanada.ca/wp-content/uploads/2024/07/sdp2024-11.pdf#page=5>.

90 Siehe Chinesische Volksbank, „Transcript of Governor Zhou Xiaochuan’s Exclusive Interview with Caixin Weekly“, 14.02.2016, <https://web.archive.org/web/20160218065526/https://www.pbc.gov.cn/english/130721/3017134/index.html>.

2.4 Die Hexenjagd auf Kritiker fördert politische Fehlentscheidungen

Herr Dr. Himmler, Sie sehen, die Sorgen vor dem Ende des Bargelds haben sehr wohl eine Grundlage. Ihre Sendeanstalt jedoch spricht von „Verschwörungsanhängern“, die „Pläne zur Bargeldabschaffung“ sehen, und „Verschwörungsseiten“, die Ängste befeuern.

Das Weglassen berechtigter Kritik in Einleitung und Fließtext stellt das Thema Bargeld in einen falschen Deutungsrahmen und verstärkt die diffamierende Wirkung des Artikels. Die Programmrichtlinien verlangen: „Meinungen und Werturteile über Personen oder Tatbestände sind als persönliche oder redaktionelle Meinung zu erkennen (Ziffer 4 Absatz 4).“ Ihre Anstalt dagegen spricht von einem Faktencheck.

Die Programmrichtlinien sehen ferner vor, „dass gegensätzliche Standpunkte möglichst gleichwertig behandelt werden“. Anstatt die Hintergründe zu erläutern, aus was sich die Sorgen nähren, belässt es der Artikel bei dem Versuch, die Ängste mit Aussagen staatlicher Stellen zu entkräften.

Öffentlich-rechtliche Sender sollten höchste journalistische Standards befolgen. Die Berichterstattung wird in Politik und Wirtschaft verfolgt und als Entscheidungsgrundlage herangezogen. Fehlinformationen führen zu Fehlentscheidungen in der Politik. Wenn die Bevölkerung erst einmal die Konsequenzen der Fehlentscheidungen zu spüren bekommt, ist es zu spät – der Vertrauensverlust lässt sich dann kaum wiedergutmachen.

Die wichtigste Währung, über die unsere Gesellschaft verfügt, ist Vertrauen. Das ZDF schreibt: „Alle für das deutsche Geld zentralen Institutionen bekennen sich weiterhin zur Gültigkeit des Bargelds.“ Wenn der Staat aber dem Bargeld eine Basis vorenthält, auf der es sicher überleben kann, während Politiker und Institutionen betonen, dass das Bargeld nicht in Gefahr ist und für alle Zeiten fortbesteht, wird das Vertrauen in unseren Staat weiter sinken – mit allen daraus erwachsenden Folgen. Gerade dieses unaufrichtige Handeln nährt Gerüchte, die Politik plane, das Bargeld baldmöglichst auf dem Verordnungsweg abzuschaffen.

Öffentlich-rechtliche Medien können dem Staat helfen, den Vertrauensverlust zu verhindern. Doch das, Herr Dr. Himmler, gelingt nur dann, wenn Ihr Sender die Probleme offen ausspricht, sodass sie endlich breit diskutiert und von der Politik ernst genommen und gelöst werden.

Die Rundfunkanstalten haben gemäß Medienstaatsvertrag die „Grundsätze der Objektivität und Unparteilichkeit“ zu achten und „in ihren Angeboten eine möglichst breite Themen- und Meinungsvielfalt ausgewogen“ darzustellen.⁹¹ Wir fordern das ZDF auf, fachlich zu berichten, anstatt zu polemisieren. Laut den Programmrichtlinien besteht

⁹¹ Siehe Paragraph 26 Medienstaatsvertrag, <https://www.gesetze-bayern.de/Content/Document/MstV-26>.

der Auftrag darin, „das Verständnis zwischen den verschiedenen politischen, sozialen und gesellschaftlichen Gruppen zu unterstützen“. Dem muss eine öffentlich-rechtliche Sendeanstalt auch gerecht werden.

Sehr geehrter Herr Dr. Himmler, dieser Brief geht in Kopie an Mitarbeiter der ZDFs und an große Medienhäuser. Bitte informieren Sie sich umfassend und setzen Sie sich als Intendant dafür ein, dass die Bevölkerung gründliche und korrekte Informationen über das laufende Gesetzgebungsverfahren auf EU-Ebene erhält. Die Berichterstattung hat entscheidenden Einfluss auf das Geschehen in unserer Gesellschaft.

Die Bankenverbände lobbyieren gegen den Versuch, das Geldautomaten- und Bankfilialnetz in Europa vor dem Verfall zu schützen.⁹² Wenn die Bevölkerung auch ihren Willen in die Politik tragen können soll, dann muss das ZDF jetzt allumfänglich informieren, anstatt zu schweigen und berechtigte Kritik auszublenden.⁹³ Im Mai stimmt das EU-Parlament über die Bargeld-Verordnung ab.

92 Siehe Eingabe des Bundesverbands der Deutschen Volksbanken und Raiffeisenbanken, Lobbyregister des Deutschen Bundestags, 24.06.2024, <https://www.lobbyregister.bundestag.de/inhalte-der-interessenvertretung/regelungsvorhabensuche/RV0004536/5752>.

93 Zum allgemeinen Mangel an hintergründiger Berichterstattung siehe Bargeldverbot.info, „Das Schweigen der Medien“, 12.12.2025, <https://bargeldverbot.info/2025/12/12/schweigen-der-medien/>.

3 Anhang: Kritische Kommentare zu Passagen im fraglichen Faktencheck

3.1 Ist eine Bargeldhochburg für Kriminelle attraktiv?

Zitat: „Was die einen als zentralen Vorteil von Bargeld sehen, dass keine dritte Partei von der Transaktion erfährt, erschwert die Verbrechensbekämpfung und ist ein Grund, warum Deutschland nach Einschätzung von Experten ein präferiertes Ziel organisierter Kriminalität ist.“

Kommentar: Für die Meinungsbildung wäre es unerlässlich, auch den Namen und den persönlichen Hintergrund solcher „Experten“ zu erfahren. Zudem sollte man dem Publikum nicht verschweigen, dass viele Kompetenzen einen ganz anderen Standpunkt vertreten. Gut organisierte Kriminelle verfügen über eigene Banken und grenzenlose Möglichkeiten. Der renommierte Schattenwirtschaftsexperte Prof. Friedrich Schneider schrieb schon 2017:

„In Bezug auf die organisierte Kriminalität ist festzustellen, dass diese heute weitgehend bei der Überweisung größerer Zahlungsströme bargeldlos verläuft. Nur noch im ‚Tatort‘-Krimi werden Millionen in Koffern über die Grenze verschoben – die organisierte Kriminalität hat schon längst andere Möglichkeiten mithilfe von Scheinfirmen und gefälschten Transaktionen ohne Papiere gefunden, bargeldlos große Summen von A nach B zu überweisen.“⁹⁴

Der seinerzeitige Bundesbank-Vorstand Johannes Beermann kommentierte 2021 die Pläne für eine EU-weite Bargeldgrenze mit den Worten: „Bislang gibt es keinen wissenschaftlich fundierten Beleg, dass mit Barzahlungsobergrenzen das Ziel erreicht wird, Geldwäsche zu bekämpfen.“⁹⁵

Beachtung verdienen auch die Worte des Leiters einer Financial Intelligence Unit, also einer Finanzermittlungsbehörde eines EU-Mitgliedstaats. Er sagte auf einer Konferenz des Europaverbands der Geldtransportunternehmen (ESTA)⁹⁶ unter der Vertraulichkeitsregel: „Die meisten unserer Ermittlungen werden durch Bargeldbewegungen ausgelöst. Gäbe es kein Bargeld, gäbe es nicht weniger verdächtige Vorgänge, aber wir würden viel weniger davon aufdecken.“

94 Siehe Die Volkswirtschaft, „Schattenwirtschaft: Ursachen statt Bargeld bekämpfen“, 25.07.2017, <https://dievolkswirtschaft.ch/de/2017/07/schneider-08-09-2017/>.

95 Siehe Tagesspiegel, „EU-Kommission will Bargeld-Limit von 10.000 Euro einführen“, 20.07.2021, <https://www.tagesspiegel.de/wirtschaft/eu-kommission-will-bargeld-limit-von-10000-euro-einfuehren-8000383.html>.

96 Derartige Konferenzen veranstaltet ESTA einmal im Jahr. Auch Co-Autor Hakon von Holst sprach bereits auf einer dieser Veranstaltungen, siehe Bargeldverbot.info, „Die heimliche Kampagne gegen Bargeld“, 13.06.2024, <https://bargeldverbot.info/2024/06/13/vortrag-prag-schmutzgeld-kampagne/>.

Zusammengefasst bedeutet das: Wenn Kriminellen der Verkehr mit Bargeld erschwert wird, professionalisieren sie sich und verlagern ihre Zahlungsströme ins Digitale. Niemand weiß dann, ob die abgerechnete Dienstleistung in der Realität je erbracht wurde oder ob das Geld für etwas ganz anderes geflossen ist. Digitales Geld ist für die Kriminellen ohnehin interessanter, weil es nicht nur in Sekundenschnelle von einem Ort zum nächsten wechselt, sondern vor allen Dingen für Investitionen in jeder Größenordnung genutzt werden kann. Voluminöse Bargeldkoffer bleiben lediglich auf dem Schwarzmarkt unverdächtig.

Herr Dr. Himmler, wir wollen Sie an dieser Stelle an Ihre Programmrichtlinien erinnern: „Das Angebot ist insgesamt zur Ausgewogenheit und Überparteilichkeit verpflichtet. Einzelne Angebote, die einen Standpunkt allein oder überwiegend zur Geltung bringen, bedürfen eines entsprechenden Ausgleichs an anderer Stelle (Ziffer 4 Absatz 3).“

3.2 Hält die Bundesregierung am Bargeld fest?

Zitat: „Bundesregierung hält weiter am Bargeld fest[:] Die EZB, die Deutsche Bundesbank und auch die Bundesregierung bekennen sich weiterhin zum Bargeld. Im schwarz-roten Koalitionsvertrag heißt es etwa: ‚Wir stellen sicher, dass jeder weiterhin selbst entscheiden kann, wie er bei Geschäften des Alltags bezahlt. Das Bargeld als gängige Zahlungsform erhalten wir.‘“

Kommentar: Ein Koalitionsvertrag kann das Bargeld nicht retten. Wo sind die Taten? Die vorangegangene schwarz-rote Koalition erlaubte Nahverkehrsbetrieben im Jahr 2021, Bargeld an den Haltestellen und im Verkehrsmittel abzuschaffen.⁹⁷ Davon machen immer mehr Bus- und Bahnunternehmen Gebrauch.

In den letzten Monaten der Ampelregierung kündigte der Staatskonzern Deutsche Bahn an, testweise in den Bordbistros einiger Züge das Bargeld abzuschaffen.⁹⁸ Unterdessen kann auf vielen Ämtern nur noch mit Karte bezahlt werden – ganz getreu dem Digital-only-Motto der Koalitionsparteien.⁹⁹ Das Geldautomaten- und Bankfilialnetz erodiert. Immer mehr Geschäfte lehnen Bargeld ab. Trotz dieser Faktenlage schreibt das ZDF, die Bundesregierung halte am Bargeld fest.

97 Siehe Deutscher Bundestag, „Bundestag reformiert das Recht der Personenbeförderung“, 05.03.2021, <https://www.bundestag.de/dokumente/textarchiv/2021/kwog-de-personenbefoerderungsrecht-824864>, und Paragraph 7 der „Verordnung über die Allgemeinen Beförderungsbedingungen für den Straßenbahn- und Obusverkehr sowie den Linienerkehr mit Kraftfahrzeugen“.

98 Siehe Tagesschau.de, „Bald kein gezapftes Bier mehr im Bordbistro“, 12.12.2024, <https://www.tagesschau.de/wirtschaft/verbraucher/deutsche-bahn-bordbistro-gezapftes-bier-bargeldlos-bezahlen-flaschenbier-100.html>.

99 Siehe Deutsche Bundesbank, „Monatsbericht Dezember 2025“, 15.12.2025, <https://publikationen.bundesbank.de/publikationen-de/berichte-studien/monatsberichte/monatsbericht-dezember-2025-972182?article=bargeldakzeptanz-in-deutschland-972186>.

3.3 Steigen die Kosten in der Bargeldbeschaffung ohne politischen Hintergrund?

Zitat: „Auch wegen steigender Kosten bei der Bargeldbeschaffung steigen manche Geschäfte auf ausschließlich Kartenzahlung um.“

Kommentar: Daran ist allerdings nicht das Bargeld schuld. Die steigenden Kosten gehen zu einem guten Teil auf eine verfehlte EU-Politik zurück.

Durch die Medien ging jüngst der Fall eines Bäckers aus Delmenhorst (Niedersachsen).¹⁰⁰ Er rief seine Kunden dazu auf, mit Karte zu bezahlen, weil Wechselgeld teuer geworden ist.¹⁰¹ Früher bekam er Münzrollen bei der Bank zum Nennwert, heute zahlt er 50 Cent obendrauf.

Grund für die hohen Gebühren ist im Wesentlichen die EU-Münzgeldprüfungsverordnung.¹⁰² Banken ist es seit 2015 verboten, bei ihr eingezahlte Münzgeldrollen direkt wieder auszugeben. Stattdessen müssen die Münzen mit teuren Geräten auf Echtheit untersucht werden. Da die Banken nicht jede Filiale mit einem Gerät ausstatten wollen, geben sie die Sache an Wertdienstleister ab. Die Kosten für Transport, Prüfung und Neuverpackung trägt am Ende der Händler.

Dabei liegt der jährliche Schaden durch Münzgeldfälschung in Deutschland nach den Statistiken der Bundesbank bei grob 100.000 Euro und ist damit um ein Vielfaches geringer als der Erfüllungsaufwand der Verordnung. Im Wesentlichen wird nur die 2-Euro-Münze gefälscht. Nachgebildete Münzen im Wert von 1 bis 20 Cent tauchen gar nicht auf.¹⁰³

¹⁰⁰ Siehe Delmenhorster Kreisblatt, „Warum Bäckereien in Delmenhorst Kartenzahlung bevorzugen“, 31.10.2025, <https://www.dk-online.de/lokales/delmenhorst/artikel/warum-baekereien-in-delmenhorst-kartenzahlung-bevorzugen-49440692>.

¹⁰¹ Siehe Instagram, Profileintrag von backer_becker_brot.handgemacht, 16.09.2025, <https://www.instagram.com/reel/DOqJ4goDOSI/>.

¹⁰² Siehe FAZ, „Wenn das Bargeld doppelt so viel kostet wie sein Wert“, 18.08.2015, <https://faz.net/premium/meine-finanzen/geld-ausgeben/dank-eu-voschrift-muenzen-kosten-mehr-als-ihr-wert-13756893.html>.

¹⁰³ Siehe Deutsche Bundesbank, „Weniger falsche Banknoten im Umlauf“, 22.07.2022, <https://www.bundesbank.de/de/presse/presenotizen/weniger-falsche-banknoten-im-umlauf-894816>.

3.4 Plant die Bundesregierung eine Bargeld-Annahmepflicht oder nur eine Karten-Annahmepflicht?

Zitat: „Bislang werden solche Einschränkungen von der Vertragsfreiheit geschützt (...). Die Bundesregierung plant nun jedoch eine Pflicht für Gewerbe, neben Bargeld auch mindestens eine elektronische Bezahloption anzubieten.“

Kommentar: Dieser Satz klingt, als würden die Parteien nicht nur einen Kartenannahmewang planen, sondern auch einen Bargeldannahmewang.^{104,105} Was die Parteien tatsächlich vorhaben, hätte das ZDF dort erfragen müssen. Grundsätzlich gilt schon heute eine Bargeldannahmepflicht. Ohne Sanktionen für den einseitigen Ausschluss von Bargeld mit Schild an der Ladentür ist eine solche Regel jedoch unwirksam.

Aus den Büros von Unions-Bundestagsabgeordneten erhielten wir Auskünfte, die darauf schließen lassen, dass ein klarer Bargeldannahmewang koalitionsintern umstritten ist. Ein Mitarbeiter von Anja Karliczek antwortete: „Der Koalitionsvertrag sieht keine Strafen und Sanktionen für Händler vor. Hier gilt die unternehmerische Freiheit.“ Konrad Körner (CSU) schrieb: „Private Anbieter können im Rahmen der Vertragsfreiheit jedoch vorab festlegen, ob sie Bargeld annehmen. Diese Vertragsfreiheit wollen wir jedoch nicht weiter einschränken.“ Eine ähnliche Auskunft gab Anna Aeikens (CDU).

Bargeld ist bislang das einzige gesetzliche Zahlungsmittel. Mit einer Annahmepflicht für digitale Zahlungsmittel würden die kommerziellen Bezahlfverfahren der Banken auf eine Stufe gehoben mit dem einzigen freien und staatlichen Zahlungsmittel, dem Bargeld.

Da der Finanzsektor über ein enormes Werbebudget verfügt, gespeist aus den Gebühreneinnahmen für Digitalzahlungen, würde das Bargeld in seiner Wettbewerbsfähigkeit noch stärker benachteiligt, wenn die Annahmepflicht für Bezahlkarten käme. Zudem befände sich der auf die Akzeptanz verpflichtete Einzelhandel gegenüber dem Finanzsektor in einer schlechten Verhandlungsposition: Hohe Gebühren müsste er gezwungenermaßen akzeptieren.

¹⁰⁴ Zu den Plänen der Bundesregierung siehe Tagesschau.de, „Kommt die Pflicht zu elektronischer Bezahlmöglichkeit?“, 05.04.2025, <https://www.tagesschau.de/inland/elektronisches-bezahlen-karte-regierung-100.html>.

¹⁰⁵ Zu den Plänen des schwarz-roten Berliner Senats für eine Bundesratsinitiative siehe Tagesspiegel, „Schwarz-Rot will Händlern und Gastronomen Kartenzahlung vorschreiben“, 06.04.2026, <https://www.tagesspiegel.de/berlin/bundesratsinitiative-gegen-cash-only-und-steuertricks-schwarz-rot-will-handlern-und-gastronomen-kartenzahlung-vorschreiben-15439550.html>.

3.5 Werden Zahlungsdaten nicht für politische Überwachungsambitionen missbraucht?

Zitat: „Was man bei vielen der lautstark vor einem Bargeld-Verbot warnenden Stimmen auch beachten sollte: Manche von ihnen versuchen so, vor allem ihre eigenen Produkte zu verkaufen (...). Freiwillige digitale Alternativen haben nicht das Ziel, eine politisch motivierte Überwachung aufzubauen.“

Kommentar: Hier misst das ZDF mit zweierlei Maß. Nach endlosen Skandalen um Finanzinstitute wie Deutsche Bank, HSBC oder Wirecard sollten auch die Öffentlich-Rechtlichen ein Mindestmaß an Skepsis gegenüber dem Geschäftsmodell der Finanzindustrie an den Tag legen. Um deren Schmutzkampagnen gegen Banknoten und Münzen schert sich das ZDF nicht. Doch ist das Bargeld erst einmal passé, dürften die Gebühren für elektronische Zahlungen „dramatisch in die Höhe schnellen“, wie der OeNB-Direktor Kurt Pribil einmal sagte.¹⁰⁶

Dass eine kleine Volksbank keine „politisch motivierte Überwachung“ plant, ist das eine. Dass andere Akteure die erhobenen Daten für ihre Zwecke nutzen, ist die Kehrseite der Medaille. Vielleicht sollte das ZDF über folgende Tatsachen aufklären:

Mit jährlich anderthalb Millionen Kontodatenabfragen durch deutsche Behörden kann von einem Bankgeheimnis bald keine Rede mehr sein. Die Kontoabrufe durch das Bundesamt für Verfassungsschutz haben sich in den Jahren 2020 bis 2023 verzehnfacht.¹⁰⁷ Die NSA nimmt das Auslandszahlungsverkehrsnetz SWIFT ins Visier.¹⁰⁸ Schon die Enthüllungen von Edward Snowden zeigten, dass die NSA für die Überwachung des Zahlungsverkehrs eine eigene Abteilung mit dem Namen „Follow the money“ unterhält.¹⁰⁹

Forscher bedienten sich drei Monate lang anonymisierten Kreditkartenzahlungsdaten und konnten danach 90 Prozent der Kartennutzer eindeutig identifizieren.¹¹⁰ Dienstleister wie First Data wickeln Kartenzahlungen für Ladeninhaber auch in Deutschland ab. Im Zuge der NSA-Affäre wurde bekannt, dass das Unternehmen bereitwillig Daten mit den US-Sicherheitsdiensten teilte.¹¹¹

106 Siehe ORF, ZiB-2-Magazin, 04.05.2016.

107 Siehe Deutscher Bundestag, Drucksache 20/10841, 26.03.2024, <https://www.dserver.bundestag.de/btd/20/108/2010841.pdf>.

108 Siehe ORF, „Immer mehr ‚implantierte‘ NSA-Schadsoftware identifiziert“, 20.04.2017, <https://fm4.orf.at/stories/2838162/>.

109 Siehe Spiegel, „NSA späht internationalen Zahlungsverkehr aus“, 15.09.2013, <https://spiegel.de/netzwelt/netzpolitik/nsa-spaecht-internationalen-zahlungsverkehr-aus-a-922283.html>.

110 Siehe Yves-Alexandre de Montjoye et al., „Unique in the shopping mall: On the reidentifiability of credit card metadata“, in Science, Ausgabe 347, 30.01.2015, <https://doi.org/10.1126/science.1256297>.

111 Siehe Heute.de, „Entfesselt – wie PRISM begann“, 16.06.2013, <https://web.archive.org/web/20130624063538/http://www.heute.de/Entfesselt-wie-PRISM-begann-28384488.html>.

3.6 Wäre der digitale Euro ähnlich anonym wie Bargeld?

Zitat: „Laut EZB soll [der digitale Euro] zwar elektronisch, aber auch offline ohne Internetverbindung genutzt werden können und ähnlich anonym sein wie Bargeld. (...). Eine Reihe von Falschbehauptungen zum digitalen Euro gehen auf ein Video mit EZB-Chefin Christine Lagarde zurück, bei dem sie 2023 von russischen Komikern in ein heimlich aufgezeichnetes Interview getrickt wurde. Sinnentstellende Zitate aus diesem Gespräch zum digitalen Euro und angeblichen Zahlungskontrollen werden bis heute verbreitet.“

Kommentar: Das ist stark verkürzt. Lediglich bei Offlinezahlungen wäre die Privatsphäre nach den Worten der EZB „ähnlich gut geschützt wie beim Bargeld“. ¹¹² Bei Zahlungen mit Funkanbindung gäbe es nur geringe Unterschiede zur Zahlung mit der Girocard. Vor dem springenden Punkt hatte sich das ZDF gedrückt: Bis zu welchem Betrag wären Offlinezahlungen überhaupt möglich? In dem Video mit den genannten Komikern schlug Lagarde vor (Minute 17:00), Zitat: „Wir überlegen, ob wir für sehr kleine Beträge, um die 300 bis 400 Euro, ein System einrichten könnten, bei dem es keine Kontrolle gibt. Doch das könnte gefährlich sein.“ ¹¹³

Der zuständige EZB-Vorstand Fabio Panetta hatte am 7. November 2022 eine deutlich niedrigere Schwelle ins Spiel gebracht. Gegen 10:37 Uhr sagte er bei einer Diskussionsrunde in Brüssel (zitiert nach der Übersetzung der Dolmetscherin): „Wenn wir es den Nutzern erlauben, Transaktionen durchzuführen von zum Beispiel 50 Euro – mit einem Höchstvolumen in einem bestimmten Zeitraum, also nicht mehr als 1000 Euro zum Beispiel –, aber für die einzelne Transaktion nicht mehr als 50, dann könnte man vielleicht sagen: ‚Na ja gut, das müsste vielleicht nicht registriert werden.‘“ ¹¹⁴

Finanzminister Christian Lindner saß ebenfalls auf dem Podium. Er entgegnete, 50 Euro seien sehr restriktiv. Er frage sich, ob die Menschen das so schlucken würden (11:01 Uhr). Im Anschluss verkündete er auf Twitter, „digitales Cash“ werde „nur dann in der Breite als Ergänzung oder gleichwertiger Ersatz für Scheine und Münzen akzeptiert werden, wenn die Privatsphäre geschützt“ sei. ^{115,116}

¹¹² Siehe EZB, „Häufig gestellte Fragen zum digitalen Euro“, Stand 05.03.2026, https://www.ecb.europa.eu/euro/digital_euro/faqs/html/ecb.faq_digital_euro.de.html#q9.

¹¹³ Siehe Rutube, „Full video prank with European Central Bank President Christine Lagarde“, 16.03.2023, <https://rutube.ru/video/ab6c40c8da70e75bf6cofe779056fb1/?r=wd&t=1010>.

¹¹⁴ Mehr zu dieser Konferenz bei der Europäischen Kommission, „High level conference: Towards a legislative framework enabling a digital euro for citizens and businesses“, abgerufen 14.04.2026, https://finance.ec.europa.eu/events/high-level-conference-towards-legislative-framework-enabling-digital-euro-citizens-and-businesses-2022-11-07_en. Die offizielle Videoaufzeichnung wurde nach Ablauf von zwei Jahren automatisch gelöscht.

¹¹⁵ Siehe Twitter-Eintrag Christian Lindners, 07.11.2022, https://x.com/c_lindner/status/1589582194695344129.

¹¹⁶ Siehe Kommentar von Norbert Häring, „FDP-Chef Lindner wirbt für ‚Digitales Bargeld‘“, 09.11.2022, <https://norberthaering.de/bargeld-widerstand/lindner-digitaler-euro/>.

Einen digitalen Euro ähnlich anonym wie Bargeld zu gestalten, ist in der Praxis unmöglich. Selbstverständlich können Programmierer für ein hohes Niveau an Privatsphäre sorgen.¹¹⁷ Doch um die Funktionen des digitalen Euros wirklich nutzen zu können, ist ein Smartphone erforderlich.

Die Enthüllungen von WikiLeaks zeigten, dass die CIA entweder für den Einbau von Sicherheitslücken in digitalen Geräten bezahlt oder Hackerwerkzeuge erwirbt, um die Kontrolle zu übernehmen.^{118,119} Wer den elektronischen Euro nutzt, weiß nie, ob der Überwacher schon im Telefon sitzt. Zudem lassen sich Standortdaten von Smartphones verfolgen, um Rückschlüsse auf Käufer und Verkäufer zu ziehen.

3.7 Widerlegt das Bundesbankgesetz politisches Interesse an der Reduktion des Bargelds?

Zitat: „Das Bundesbankgesetz hält weiterhin klar fest: ‚Auf Euro lautende Banknoten sind das einzige unbeschränkte gesetzliche Zahlungsmittel.‘“

Kommentar: Seltsam, wenn das ZDF einerseits die Einführung einer EU-weiten Bargeldobergrenze thematisiert und andererseits zur Entlastung der Bundesregierung heraushebt, dass das Gesetz weiterhin festhalte, dass Banknoten ein unbeschränktes Zahlungsmittel seien. Spätestens seit dem Bargeldverbot beim Immobilienkauf entspricht der Paragraph nicht mehr den Tatsachen. Zudem beschied das Bundesverwaltungsgericht im Jahr 2022, dass die Regel dem EU-Recht widerspricht und „nicht anwendbar“ ist.¹²⁰ Klagepartei war im Übrigen der Hessische Rundfunk.

3.8 Ist Bequemlichkeit die Ursache für den Rückgang des Bargelds?

Zitat: „Auch hier nimmt das digitale Bezahlen zu: Weil sich Kunden aus Bequemlichkeit gegen Münzen und Scheine entscheiden.“

Kommentar: Was als anstrengend oder leicht empfunden wird, hängt wesentlich mit der inneren Vorstellungswelt zusammen. Als Kartenzahler schwimmt man heute mit dem Strom. Man bewegt sich gemeinsam mit anderen Menschen hin in eine vermeintliche Zukunft.

Bis eine kritische Masse von Menschen auf digitale Zahlungsmittel umgestiegen war, musste die Finanzwirtschaft jedoch einige Anstrengung aufbringen. Wie oben erwähnt,

¹¹⁷ Siehe EDPB, „The Digital Euro and Its Token-Based Offline Modality“, September 2025, https://www.edpb.europa.eu/system/files/2025-10/digitaleurotokenbasedofflinemodality_en.pdf.

¹¹⁸ Siehe WikiLeaks, „Vault 7: CIA Hacking Tools Revealed“, abgerufen 14.04.2026, https://wikileaks.org/ciav7p1/cms/page_13205587.html.

¹¹⁹ Siehe Kommentar von Edward Snowden auf Twitter, 07.03.2017, <https://x.com/Snowden/status/839168025517522944>.

¹²⁰ Siehe Bundesverwaltungsgericht, Urteil vom 27.04.2022 – 6 C 2.21, Absätze 14 und 19, <https://www.bverwg.de/270422U6C2.21.o>.

arbeitete die Finanzwirtschaft viele Jahre daran, ihre digitalen Zahlungsmittel mit Kampagnen zu befördern und das Bargeld herabzusetzen. Gleichzeitig verlängerten sich die Wege zu Geldautomaten und anderen Bargeldquellen. Diese Informationen wegzulassen, lenkt das Publikum in eine bestimmte Richtung.

3.9 Soll der digitale Euro das Bargeld ergänzen?

Zitat: „Der digitale Euro soll Bargeld und reguläre Konten nicht ersetzen, sondern ergänzen.“

Kommentar: Auch eine Haftung für fremde Staatsschulden und eine Lockerung der Schuldenbremse hätte es nie geben sollen.^{121,122,123} Nicht geben SOLLEN.

Entscheidender ist daher, die Entwicklungen und den Gesetzesprozess genau zu analysieren. Wie oben dargelegt, offenbart die EU-Kommission mit den beiden Verordnungsentwürfen eine achtfache Privilegierung des digitalen Euros gegenüber dem Bargeld.

„Ein gesetzliches Zahlungsmittel, das privilegiert wird, verdrängt das andere durch ökonomische Incentives, nicht durch demokratische Entscheidung“, sagt Prof. Rieck. Genau das ist der Weg, den Brüssel einschlägt.

3.10 Gibt es in Europa keine Finanzsanktionen auf Basis der politischen Gesinnung?

Zitat: „Aufi-Moderatoren spekulieren immer wieder darüber, dass die EU durch den digitalen Euro ein Sozialkredit-System wie China einführen würde, um bei Menschen mit bestimmten politischen Gesinnungen den Geldzugang zu blockieren. Dafür gibt es Stand jetzt weder eine rechtliche noch eine technologische Grundlage – es sind Spekulationen ohne Faktenbasis.“

Kommentar: Eine Gesinnungsdiktatur erfordert keinen digitalen Euro. Anders als behauptet existieren in Europa schon heute Systeme für die Belohnung oder Bestrafung menschlichen Verhaltens.¹²⁴ Der EU-Ministerrat zeigt seine harte Seite mit dem Sanktions-

¹²¹ Siehe Handelsblatt, 08.09.2012, „Eine Überschuldung kann von vorneherein ausgeschlossen werden“, <https://web.archive.org/web/20120908010845/https://www.handelsblatt.com/politik/deutschland/die-kohl-cdu-und-die-krise-eine-ueberschuldung-kann-von-vorneherein-ausgeschlossen-werden/7098136-2.html>.

¹²² Siehe Berliner Zeitung, 25.06.2025, „Trotz Wahlversprechen: Plante Merz die Schuldenbremse-Reform schon lange vor der Wahl?“, <https://www.berliner-zeitung.de/news/trotz-wahlversprechen-friedrich-merz-plante-schuldenbremse-reform-wohl-vor-der-wahl-li.2336593>.

¹²³ Zur Schuldenbremse siehe auch Infobrief Nummer 66 von CDU-Generalsekretär Carsten Linnemann, Ende 2023, https://carsten-linnemann.de/wp-content/uploads/2023/11/infobrief_0423.pdf.

¹²⁴ Siehe Kommentar zu EU-Sanktionen von Verfassungsrechtler Prof. Dietrich Murswiek in der „Welt“, „Eine Drohung an alle Menschen in der EU“, 08.01.2026, <https://www.welt.de/debatte/plus695b6a09fe6040199bf928a2/sanktionen-wegen-meinungen-die-eu-massnahmen-sind-verfassungswidrig.html>.

regime.^{125,126} Betroffen sind Menschen, die sich in keiner Weise strafbar machten, aber missliebige Meinungen äußerten.

Der Schweizer Jacques Baud hat deshalb keinen Zugriff mehr auf sein Vermögen. Er lebt in Brüssel, kann aber das Land nicht verlassen. Seine Zahlungskarten sind blockiert.¹²⁷ Ein Sprecher des Auswärtigen Amtes äußerte sich zum Thema auf der Bundespressekonferenz am 13. Februar: „Das Ziel von Sanktionen ist eben explizit eine Verhaltensänderung.“^{128,129}

Städte wie Bologna kündigten bereits ein „Punktesystem für soziales Wohlverhalten“ an.¹³⁰ Wien bewarb einen Kulturtoken für „klimafreundliches Alltagsverhalten“.¹³¹ Teilnehmer mussten ihre Bewegungsmuster von einer Smartphone-App überwachen lassen. Leider können Dystopien schneller wahr werden, als einem lieb ist.

3.11 Macht der digitale Euro unabhängiger von den USA?

Zitat: „Vor allem soll das digitale Zahlungsmittel aber Europa unabhängiger von US-basierten Zahlungssystemen und Kartenanbietern wie Visa oder Mastercard machen.“

Kommentar: Auch hier stellt das ZDF nur auf Aussagen öffentlicher Stellen ab, ohne sie mit der Realität abzugleichen. In einen Faktencheck aber sollten harte Fakten einfließen: Während die EU am digitalen Euro arbeitet, plant die EZB, einen Teil ihrer Anwendungen auf Server von US-Konzernen auszulagern.¹³² Donald Trump wird beim digitalen Euro an entscheidenden Schnittstellen sitzen:

125 Siehe etwa der Fall Dogru in der Berliner Zeitung, „Gericht bestätigt Kontosperrre: Berliner Journalist droht wegen EU-Sanktionen die Obdachlosigkeit“, 24.03.2026, <https://www.berliner-zeitung.de/politik-gesellschaft/geopolitik/gericht-bestaetigt-kontosperrre-journalist-hueseyin-dogru-li.10026526?mrfcid=2026032469bfa183793f935293a858ae>.

126 Zum Fall Dogru siehe auch Berliner Zeitung, „Behörden sperren Konten von Journalisten-Ehefrau“, 28.03.2026, <https://www.berliner-zeitung.de/politik-gesellschaft/geopolitik/koennen-unsere-kinder-nicht-mehr-ernaehren-behoerden-sperren-konten-von-journalisten-ehefrau-li.10027407>.

127 Siehe Blick, „Kontokündigungen haben sich vervielfacht“, 08.03.2026, <https://www.blick.ch/sonntagsblick/rauswurf-ohne-vorwarnung-kontokuendigungen-haben-sich-vervielfacht-id21758013.html>.

128 Siehe Welt, „Das neue Folterwerkzeug für die Meinungsfreiheit“, 20.02.2026, <https://www.welt.de/debatte/plus699591ab8db33f66cd735ef6/das-neue-folterwerkzeug-fuer-die-meinungsfreiheit.html>.

129 Siehe Auswärtiges Amt, „Erklärungen des Auswärtigen Amtes in der Regierungspressekonferenz vom 13.02.2026“, <https://www.auswaertiges-amt.de/de/newsroom/regierungspressekonferenz-2756380>.

130 Siehe FAZ, „Sozialkreditsystem: Tugendpunkte in Bologna“, 21.04.2022, <https://www.faz.net/aktuell/feuilleton/bologna-testet-punktesystem-fuer-soziales-wohlverhalten-17970037.html>.

131 Siehe Kommentar von Norbert Häring, „Wien lässt Sozialpunktoprojekt wieder aufleben“, 09.03.2023, <https://norberthaering.de/macht-kontrolle/wien-isozialpunkte/>.

132 Siehe Handelsblatt, „Die EZB geht in die Cloud – Kooperation mit US-Konzernen sorgt für Kritik“, 06.06.2023, <https://www.handelsblatt.com/finanzen/geldpolitik/finanzbranche-die-ezb-geht-in-die-cloud-kooperation-mit-us-konzernen-sorgt-fuer-kritik/29189548.html>.

Die Hardware der meisten Server und Computer stammt aus Amerika. Ein Blick auf die Namen der Zahlungsterminals an der Ladenkasse verrät verschiedene amerikanische Gesellschaften: TeleCash, Ingenico, Verifone. Wenn der Bürger mit dem digitalen Euro zahlt, hält er das Smartphone somit an US-Produkte. Zwischen Bank und Ladeninhaber steht außerdem noch ein Zahlungsdienstleister. Auch hier sind US-Unternehmen sehr präsent: epay, First Data und Tochterunternehmen TeleCash, daneben Global Payments, Stripe oder Zettle (PayPal), um einige Namen zu nennen.

Auf Kundenseite bleiben die USA ebenfalls präsent. Nach bisherigen Plänen könnte der digitale Euro auf dem Smartphone mit Google Pay und Apple Pay genutzt werden. Der Deutsche Sparkassen- und Giroverband kommentiert auf Anfrage: „Selbst wenn der digitale Euro als staatliche Infrastruktur eingeführt wird, würde die Kundenschnittstelle so in vielen Fällen bei jenen Anbietern bleiben, die heute schon über eine große Nutzerbasis und enorme Marktdurchdringung verfügen.“ Und weiter: „Wenn der digitale Euro lediglich als weitere Zahlungsquelle in bestehenden Wallets erscheint, stärkt das primär deren Ökosystem.“

Und wie sieht es mit der Unabhängigkeit von den USA beim Onlineshopping aus?¹³³ Zum Teil verlangen Händler, den Kauf über PayPal abzuschließen. Das heißt aber nicht, dass der Kunde zwingend mit PayPal-Guthaben bezahlen müsste. PayPal kann den digitalen Euro integrieren, sodass Nutzer bequem mit E-Euros bezahlen, ohne im Onlineshop ihre Lieferadresse eingeben zu müssen.

Die Deutsche Bundesbank teilt auf Anfrage dazu mit: „Sofern PayPal den digitalen Euro als Zahlungsmittel anbieten wird, kann ein Händler seiner Annahmepflicht [für den digitalen Euro] grundsätzlich auch über solche Bezahldienste nachkommen.“ Wenn das EU-Parlament nicht nachbessert, bleiben die USA also im Spiel.

¹³³ Ein Beispiel, wie Unabhängigkeit gelingen könnte, bespricht Norbert Häring in „Brasilien zeigt der Europäischen Zentralbank, wie es geht, und bekommt dafür Ärger mit den USA“, 11.10.2025, <https://norberthaering.de/geldsystem/brasilien-pix/>.

